



Einzelpreis 25 Goldpfennig



Saar-Freund

Nachrichten

aus dem

abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 7
6. Jahrgang

Erscheint zweimal monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungs-
preisl. G. 240) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zustellung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11,
Königsgräber Straße 94, Fernspr.-Anschl.: Amt Köpen 3244. — Bezugspreis monatlich: 25 Goldpfennig. —
Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 66536 oder auf Deutsche Bank, Depostenkasse G., Berlin SW. 47,
Sollothstraße 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbeten.

Berlin
1. April 1925

Saargebiet und „Saar-Verein“.

Unter dieser Überschrift veröffentlichte die „Vossische Zeit-
ung einen Brief des bekannten demokratischen Pfarrers Bede-
r-Neunkirchen, den zu schreiben er sich veranlaßt sah angesichts
der Tatsache, daß das Blatt wie überhaupt die Berliner Links-
presse die Vorgänge im Saargebiet entweder überhaupt tot-
schwiege oder sie nur verzerrt wiedergab. Der Brief Pfarrer
Beders, wie er am 22. 3. 1925 in der „Voss. Ztg.“ zum Abdruck
kam, hat folgenden Wortlaut:

Neunkirchen (Saar), 1. März.

An die

Redaktion der „Vossischen Zeitung“.

In Nr. 58 der „Vossischen Zeitung“ vom 4. Februar 1925
stand ein bemerkenswerter Artikel: „Das Saarland nach
dem 10. Januar“, der Veranlassung gibt, über die Bedeu-
tung des „Saar-Vereins“ für das Saargebiet etwas
zu sagen. Der Verfasser des Artikels gibt sich mit Erfolg
Mühe, objektiv über die Saarverhältnisse zu berichten, so objek-
tiv, daß es für Räuberstehende fast wie ein „Desinteressiertsein“
klingt, wenn er den Vorwurf der Saarbevölkerung gegen die
Regierungskommission, sie lasse es an der ihr zur Pflicht ge-
machten strengen Neutralität mangeln, einfach als „ob zu Recht
oder Unrecht erhoben“ hinstellt, oder wenn er das „Misstrauen
des einen gegen den anderen, der Regierungskommission gegen
die Bevölkerung oder umgekehrt“, als ganz unterschiedslos be-
gründet oder grundlos gleichwertig nebeneinander auf eine
Stufe stellt. Die Saarleute selbst, davon hat er sich ja bei
seinem Besuch hier überzeugen können, denken darin etwas
anders, weniger objektiv, aber darum nicht weniger richtig,
weil selbst unmittelbar interessiert und beteiligt und — kundig.

Der Verfasser hat recht, wenn er von der nationalen
Einstellung des ganzen Saargebiets ohne Unter-
schied der Parteien und Konfessionen als einer Selbstverständ-
lichkeit spricht, wenn er sagt, daß es keines Agitationsimportes
von außen her bedürfe, den die Franzosen so gern und ober-
flächlich als Grund dafür anziehen, daß die Saarländer sich
ihrer nationalen Rechte und Pflichten bewußt sind, und er hat
recht, wenn er es Kraftvergeudung nennt, deutsche Propaganda
von außen her ins Saargebiet bringen zu wollen.

Aber vielleicht ist es um so nötiger, in Deutschland
selbst — und im Ausland — mehr Aufklärung
über die wirtschaftlichen, politischen und kul-
turellen Verhältnisse zu schaffen, unter denen
die Saarbevölkerung den stillen, schweren und zähen Kampf
gegen die französische Propaganda führt.

Solche Aufklärung außerhalb des Saargebiets hat sich
seit fast sechs Jahren der „Saar-Verein“ zum
Ziel gesetzt, an dessen Spitze geborene und aus-
gewiesene Saarländer stehen und der, das sei zu
seiner Ehre ganz besonders betont, weil völlig überpar-

teitsch, von Angehörigen sämtlicher Parteien, von rechts bis
links tatkräftig freudig unterstützt wird, soweit sie Verständ-
nis für deutsche Volksgemeinschaft haben.

Weil der „Saar-Verein“ seine Aufgabe nicht darin sieht,
im Saargebiet eine politische Tätigkeit zu entfalten, und weil
er davon überzeugt ist, daß die Saarbevölkerung durch un-
ermüdlige Wachsamkeit und zielbewußte Arbeit am wirksam-
sten ihre nationalen Interessen selbst am besten zu vertreten
weiß, und weil er mit vielen Saarländern immer wieder die
traurige Erfahrung machen muß, daß bei den eigenen
deutschen Volksgenossen und oft auch bei ihren
amtlichen wie nichtamtlichen Vertretern das
von uns erwartete und gewünschte Wissen und
Verstehen unserer Lage fehlt, darum ist seine
Aufklärungsarbeit für das nichtbesetzte deut-
sche Vaterland bestimmt und eine dringende
Notwendigkeit, von nicht hoch genug einzuschätzender Be-
deutung.

Durch seine großzügige Organisation und Presse- und Vor-
tragsarbeit, durch seine über ganz Deutschland verbreiteten
Ortgruppen, mit ihrer gemeinschaftstärkenden, aufklärenden
Tätigkeit, durch seine Berichte an Behörden und Verwaltungs-
stellen, durch seine Bedienung der ausländischen und einheimi-
schen Presse — die nur besser benutzt werden müßte, durch seine
ständige unermüdlige Werbearbeit hat er den Saar-Inter-
essen — und damit den deutschen Interessen —
einen Dienst erwiesen, der von jedem dankbar
begrüßt wird, der das Saargebiet bei Deutsch-
land erhalten wissen will.

Ich bin der Meinung: Wenn es keinen „Saar-Verein“
gäbe, müßte er schleunigst gegründet werden; und wenn er als
lästiger Mahner manchem der Ruhe gern
Pfleger des auf das politische Gewissen fällt,
so ist das der schlagendste Beweis für die No-
wendigkeit seines Daseins. Jedenfalls hat das
Saargebiet, das immer schwereren Zeiten entgegengeht, mehr
als je einen so verständnisvollen, zielbewußten und bei allem
gebotenen Tatgefühl so wirkungsvollen Interessenvertreter, wie
es der „Saar-Verein“ ist, dringend nötig.

Pfarrer Bede-er.

Wir stellen mit Genugtuung den Abdruck dieser bedauernden,
die Tätigkeit des „Saar-Vereins“ in das rechte Licht stellenden
Ausführungen des Herrn Pfarrers Bede-er in der „Voss. Ztg.“ fest.
Allerdings hat sich das Berliner Demokratenblatt nicht dazu
entschließen können, diese Ausführungen, die weitestverbreitete Beachtung
wert sind, in den politischen Teil aufzunehmen, sondern
hat sie in die Plauderedition verwiesen. Auch die Tatsache, daß die
„Voss. Ztg.“ volle drei Wochen gebraucht, um der Aufschrift
Pfarrer Beders Raum zu geben, beweist, daß die Redaktion einen

schweren Kampf mit sich selbst geführt hat, bevor sie sich zum Abbruch in der erwähnten bescheidenen Form entschließen konnte. Die Demokraten, wie überhaupt alle Parteien des Saargebietes können aus dieser Tatsache entnehmen, wie ungern sich die großen Demokratenblätter, wie überhaupt die deutsche Linkspresse, mit den Vorgängen im Saargebiet befassen, weil nach den Bestimmungen des Versailler Diktates im Saargebiet das demokratische Prinzip hinsichtlich der Regierung eines Landes zwar in höchster Vollendung seine Anwendung finden sollte, in Wirklichkeit aber ein autokratisches Regierungssystem übelster Art herrscht, das etwa dem vergleichbar ist, wie es Frankreich in Madagaskar anwendet. Der Fall „Saargebiet“ beweist, daß zwischen der theoretischen Demokratie, wie sie im Völkerbundsstatut niedergelegt ist, und der Demokratie in der Praxis, wie

wir sie seit fünf Jahren im Musterlande des Völkerbundes an der Saar erleben, eben ein so abgrundtiefer Unterschied ist, daß die demokratische Presse Deutschlands wie der ganzen Welt eigentlich Veranlassung nehmen müßte, tagtäglich auf die Verhöhnung der demokratischen Grundsätze durch die Völkerbundscommission an der Saar hinzuweisen. Wäre das stets in rücksichtsloser Form geschehen, dann hätten wir heute sicherlich im Saargebiet die wahre Demokratie! Daß wir sie nicht haben, ist Schuld jener Demokraten, wie sie in der „Voss. Zig.“ anzutreffen sind.

Pfarrer Beder in Neunkirchen, ein überzeugter, aufrichtiger und unerschrockener Demokrat, hat in seiner Zuschrift an die „Voss. Zig.“ ganz leise, aber durchaus verständlich, angedeutet, wie man es nicht machen soll, nämlich nur die Fehler auf deutscher, nicht aber auch auf französischer Seite zu suchen!

Frankreichs Saar-Sieg in Genf.

Der britische Außenminister Chamberlain ist am 10. März nach England zurückgekehrt, nachdem er auf seiner Rückreise von Genf noch mit Herriot eine längere Unterredung in Paris hatte. In England ist man mit dem Erfolg seiner Reise nach Genf und Paris nicht allzusehr zufrieden. Im Parlament, in der Presse wie auch in politischen Kreisen wird die Politik Chamberlains stark angegriffen. Bezeichnend hierfür sind die Ausführungen, die u. a. die „Daily News“ über Chamberlain machte. Das Blatt schrieb nach der Rückkehr aus Paris u. a.:

„Was hat Chamberlain erreicht? Der Bericht der militärischen Kontrollkommission wird nicht veröffentlicht, das heißt, Chamberlain hat unnötigerweise alles Mißtrauen eines an sich sehr mißtrauischen Volkes, das wissen will, warum es verurteilt wurde, wieder wachgerufen. Er hat öffentlich die Wiederernennung des Vorsitzenden der Saarkommission gutgeheißen, eines Mannes, dessen Name ein Symbol ist für die schlimmste Art von Ungerechtigkeiten des polenkarischen Regimes. Er hat die Vertagung ad infinitum der Brüsseler Militärkonferenz gutgeheißen. Er hat sich einverstanden erklärt, gewisse Geheimverhandlungen einzuleiten, von denen Deutschland ausgeschlossen sein soll. Dies alles ist eine Rückkehr zur alten miserablen Manier.“

Diese Beurteilung der Chamberlainschen Politik bedeutet gleichzeitig die Feststellung des französischen Sieges in Genf. Nicht nur in der Saarfrage, auch in der Danziger Frage, die in vielen Punkten dem Saarproblem gleichgelagert ist, hat Frankreich einen glatten Sieg zu verzeichnen. Man könnte sich damit abfinden, wenn es sich um den Sieg in einem Meinungsstreit gehandelt hätte. In Genf aber standen Rechts- und Vertragsfragen zur Entscheidung, und die Entscheidung ist gegen Recht und Vertrag für Frankreich ausgefallen. Diese Tatsache also auch läßt erkennen, daß Rechts- und Vertragsbruch gleichbedeutend ist mit französischer Politik.

Was die Entscheidungen des Völkerbundesrates in der Saarfrage betrifft, so hat sich unsere bereits in unserer letzten Nummer zum Ausdruck gebrachte Auffassung leider nur zu sehr als richtig erwiesen. Rault und die übrigen Mitglieder der Saarregierungscommission sind auf ein weiteres Jahr ernannt worden, ohne daß der Rat eine Verpflichtung dafür übernommen hätte, daß mit dem kommenden Jahr unter allen Umständen eine Neuernennung der Mitglieder und besonders des Präsidenten zu erfolgen habe. Von gewisser Seite im Saargebiet wird versucht, die Entscheidung in Genf als günstig für das Saargebiet hinzustellen, da vom 1. April 1926 ab Herr Rault durch eine andere Persönlichkeit ersetzt werden würde. Wir möchten warnen, sich irgendwelchen Trugschlüssen in dieser Richtung hinzugeben. Der Beschluß des Völkerbundesrates sagt lediglich, daß die Mitglieder der Regierungskommission auf ein weiteres Jahr ernannt werden.

Auch eine andere Verteilung der Verwaltungsorgane unter die einzelnen Mitglieder ist nicht erfolgt, so daß auch im Jahre 1926 das Saargebiet unter der Firma des Völkerbundes rein französisch verwaltet wird. Schließlich ist es auch belanglos, ob der Vorsitz in der Regierungskommission vom nächsten Jahre ab wechselt, da, wie wir bereits früher ausführten, dann die restlose Abtrennung des Saargebiets in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehung erfolgt sein wird. Aber selbst beim Wechsel des Vorsitzenden der Regierungskommission würde kein Systemwechsel eintreten. Dafür hat Herr Rault in seiner fünfjährigen Tätigkeit in jeder Beziehung vorgesorgt. Und wo noch eine Lücke vorhanden sein sollte, soll sie eben bis zum 1. April 1926 restlos geschlossen sein. Während der vergangenen 5 Jahre gab Herr Rault bei allen wichtigen Entscheidungen der Regierungskommission zugunsten seines Landes den Ausschlag. Er beherrscht etwa mit 40 höheren Be-

amten, die der Regierungskommission nicht den Treueid geschworen haben, die ganze Verwaltung des Saargebiets. Ihm war und ist fernerhin unterstellt: die Zentralverwaltung mit einem Bureau in Paris, das gesamte Zollwesen einschließlich aller wirtschaftlichen Abteilungen, die Zentralverwaltung und damit die Landratsämter, Verwaltungsausschüsse, staatliche Polizei einschließlich der französischen Truppen, die ihm als „Garnisonstruppen“ zur Verfügung stehen, die Gewerbepolizei einschließlich des Oberbergamts, das unter französischer Leitung wieder Aufsichtsamts für die Privatversicherung und Leitung der Sozialversicherung ist. Dann ist ihm unterstellt der Landesrat, der Städtenausschuss, die er allein nach Belieben zusammentreten oder abtreten lassen kann. Das französische Mitglied der Regierungskommission ist Aufsichtsbehörde für die gesamten Stadt-, Kreis- und Gemeindeverwaltungen, die mit der Regierungskommission in ständigem Kampf um die Selbstverwaltung liegen.

Von den andern Mitgliedern der Regierungskommission hat der Vertreter Belgiens die Verwaltung von Eisenbahn, Post und Telegraphie. Er ist für Frankreich sicher zuverlässig, aber falls er durch einen Neutralen ersetzt werden sollte, ist doch das französische Interesse gewahrt, denn der erste und der stellvertretende Direktor sind Franzosen. Die Abteilung für Justiz, Schulen und Kultus untersteht dem Vertreter der Tschechoslowakei, also einem Freund Frankreichs, wie sein Vorgänger, der Pariser „Däne“ Graf Moltke. Aber auch dieser Abteilung stehen drei Franzosen vor, falls ein Neutraler einen jetzigen Freund Frankreichs ablösen sollte, sind trotzdem Frankreichs Interessen auf absehbare Zeit gesichert. Die Abteilung für Finanzen und Forst untersteht dem Vertreter Englands. Es ist beschämend für England, das so stolz auf seine Unabhängigkeit ist, daß seinem Vertreter in der Regierungskommission die dem französischen Mitglied derselben direkt unterstellte Generalfinanzkontrolle vorgelegt ist, die unter der Leitung eines französischen Generalfinanzinspektors steht, der von der französischen Regierung weiter besoldet werden soll, und der Regierungskommission des Saargebiets ebenfalls nicht den Treueid geleistet hat.

Nur die Abteilung des Saargebietsmitgliedes ist französisch. Aber in dieser riecht es zu sehr nach armen Leuten, denn diesem ist nur das Armenwesen und die im Saargebiet bedeutungslose Landwirtschaft unterstellt. Diese Abteilung ist unpolitisch und deren Vertreter politisch einflusslos.

Angeichts dieser Tatsache gibt sich wohl niemand im Saargebiet der Erwartung hin, daß der französische Einfluß in der Saarverwaltung jezt noch durch einen Wechsel in dem Vorsitz der Regierungskommission gebrochen werden könnte. Wollte man das erreichen, dann müßten sämtliche französische Beamte und Französlinge aus der Saarverwaltung entfernt werden. Frankreich und seinen Freunden wäre es leicht, dem Völkerbund zu beweisen, daß eine solche Maßnahme die völlige Stilllegung der Saarverwaltung bedeuten würde. Man begreift immer mehr, weshalb Frankreich darauf drang, daß es den Vorsitz in der Saarkommission erhielt und daß Herr Rault immer wieder bestätigt wurde, erneut bestätigt wurde bis 1926. Die Zeit war notwendig, um den ganzen französischen Verwaltungsapparat in der Saarregierung zu verankern, so daß er bis zum Abstimmungsjahr 1935 nicht mehr abgeändert werden kann, auf jeden Fall nicht mehr abgeändert wird! Dieser französische Verwaltungsapparat wird also bleiben, bis im Jahre 1935 die Volksabstimmung diesem System der Gewalt und des Rechtsbruchs ein Ende machen wird.

Und dann die Frage der französischen Besatzung. Zwar hat Chamberlain in Genf zu erkennen gegeben, daß die

britische Regierung eine möglichst schnelle Zurückziehung der Truppen für notwendig hält. Er hat auch Herrn Kault direkt gefragt, ob er nicht auch mit 1000 Gendarmen auskommen könnte. Herr Kault hat hierauf mit einem überheblichen Schulterzucken geantwortet. Der Völkerbundrat hat es dann dabei gelassen, die Regierungskommission zu beauftragen, eine Denkschrift auszuarbeiten, auf welche Weise die möglichst baldige Zurückziehung der französischen Saartruppen erreicht werden könnte. Eine solche Denkschrift ist von der Regierungskommission schon einmal ausgearbeitet worden, die nichts weiter als ein Zahlenexperiment darstellte. Sie kam zu der Schlussfolgerung, daß man theoretisch selbstverständlich die französischen Truppen zurückziehen könnte, wenn man die notwendige Zahl von Gendarmen an ihre Stelle setzte, daß dieser Theorie aber praktische Erwägungen entgegenstünden. Einmal könnte das Saargebiet die finanziellen Lasten nicht tragen, die ein Gendarmeriekorps in „notwendiger Stärke von 4000 Mann“ erforderten, zum andern weise das Saargebiet nicht das Menschenmaterial auf, das für eine solche örtliche Gendarmerie erforderlich wäre! Der Völkerbund hat seinerzeit diese Denkschrift zur Kenntnis genommen und — hat die französische Besatzung an der Saar gelassen.

Die neuerdings von der Saarregierung durch den Völkerbund eingeforderte Denkschrift wird dieselben Theorien und „praktischen Erwägungen“ enthalten, und also nachweisen, daß Frankreich seine Truppen an der Saar belassen müsse. Und wieder gibt es im Saargebiet Optimisten, die sich aus Kreisen der Völkerbundsbedegerten haben sagen lassen, daß die durch den Völkerbundsrat nachgesuchte Denkschrift über die Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet die Möglichkeit zu einer befriedigenden Lösung der Frage zeigen werde. Vielleicht werde durch Verlegung der französischen Truppen in Garnisonen in der Nähe der Grenze des Saargebietes eine alle Teile befriedigende Lösung gefunden werden.“ Auch der schwedische Außenminister und jetzige Vertreter im Völkerbundrat, Professor Unden, soll sich in diesem Sinne geäußert haben, und sogar der sozialdemokratischen Saardelegation gegenüber der Hoffnung Ausdruck gegeben haben, daß im Laufe des Jahres die französischen Saartruppen vollständig zurückgezogen werden. Herrn Unden ist in seiner Heimatpresse der Vorwurf ge-

macht worden, daß durch sein unpünktliches Erscheinen in Genf die Saarfrage eine so ungünstige Lösung gefunden habe.

Wir glauben den in verschiedenen Kreisen des Saargebietes bestehenden Optimismus verstehen zu können, teilen können wir ihn nicht. Die Anwesenheit französischen Militärs in Saargebiet bedeutet für Frankreich das Symbol seines Sieges auch an der Saar. Die französischen Saar-Annektionisten würden die Zurückziehung der französischen Saartruppen als eine Niederlage Frankreichs im Saargebiet auslegen, der gleichbedeutend wäre mit der Aufgabe des Saargebietes durch Frankreich. Glaubt ernsthaft jemand im Saargebiet, daß Frankreich sich zu einem solchen Schritt bereit finden ließe? Mehr denn je arbeitet die französische Politik darauf hin, das Saargebiet zu annektieren, besonders nachdem Herriot erklärt hat, er denke nicht an Annexionen. Wir würden uns freuen, wenn wir nach einem Jahre feststellen müßten, daß unsere Schwarzseherei falsch war. Wir fürchten, daß sie leider nur zu berechtigt ist. In Frankreich weiß man, daß ein Jahr politischer Betätigung eine Frist ist, innerhalb der sich mancherlei zutragen kann, was die politischen Verhältnisse völlig verschieben läßt. Ein Jahr Zeit gewonnen, bedeutet für Frankreich eine gewonnene Schlacht. Wenn man in Frankreich auch aus taktischen und diplomatischen Gründen über die französischen Erfolge in Genf möglichst mit Stillschweigen hinweggegangen ist, so sagen uns die lärmenden polnischen Pressestimmen, daß Frankreich nicht nur in Genf gesiegt hat, sondern daß es sich auch seines Sieges bewußt und gewillt ist, diesen Sieg nach jeder Richtung hin auszunützen.

Für das Saargebiet, wie auch für das übrige Deutschland gilt es, aus diesen Vorgängen erneut zu lernen. In erster Linie sagt uns der Ausgang der letzten Völkerbundstagung in Genf, daß wir nicht müde werden dürfen, um die Verletzung deutschen Rechts im Saargebiet immer und immer wieder in die Welt zu schreien. Der größte Fehler wäre der, wenn wir uns durch einen scheinbar loyalen Beschluß des Völkerbundes beruhigen und einschlafen ließen.

Mehr denn je muß im Saargebiet und im übrigen Deutschland der Ruf erhoben werden: Fort mit Kault, fort mit dem Kaultschen System, fort mit der französischen Saarbesatzung!

Das Saargebiet ein Unruhezentrum Europas.

Ein vernichtendes Urteil des Herrn Waugh über die Regierungskommission.

Wir gaben bereits in unserer letzten Nummer einen kurzen Auszug aus einer Veröffentlichung des früheren Mitgliedes der Saarregierungskommission, des Kanadiers Waugh in der „New York World“ wieder, der bereits genügend kennzeichnete, daß Herr Kault sein Amt als Präsident der Saarregierungskommission in nicht dagewesener Weise mißbrauchte. Inzwischen liegt uns der Wortlaut dieser Veröffentlichung, wie er in der bekannten Stockholmer Zeitung „Svenska Dagbladet“ unter der Überschrift „Frankreich und Saar“ wiedergegeben wird. Das Stockholmer Blatt schickt den Mitteilungen Herrn Waughs eine erklärende Einleitung voraus, in der es unter anderem heißt, daß das vom „New York World“ veröffentlichte Dokument innerhalb der Regierungskreise in London zirkuliert habe. Es bestehe aus einem Schreiben von Herrn Waugh und enthalte Antwort auf an ihn gestellte Fragen betreffend seine Erfahrungen während seiner Dienstzeit als Mitglied der Regierungskommission. Das sehr aufsehenerregende Schreiben ist geschrieben in Winnipeg am 29. Januar 1925 und ist abgefaßt auf Wunsch einer Persönlichkeit, die die Wirksamkeit der Saar-Kommission näher beobachtet hat.

Das Schreiben Herrn Waughs hat vertrauliche Form und beginnt mit der grundsätzlichen Erklärung, daß er, Waugh, von der Auffassung ausgegangen sei, daß die Regierung, die nach dem Versailler Vertrag für das Saargebiet bestimmt wurde, sicher eine große Zukunft gehabt hätte, wenn die Regierungskommission aus solchen Männern gebildet gewesen wäre, die durch größte Tüchtigkeit dazu befähigt waren, die mit der Verwaltung verknüpften Probleme sowohl praktisch als auch unparteiisch zu lösen. Trotz allen ungünstigen Verhältnissen wäre die Regierungskommission in solchem Falle die beste Regierungs- und Verwaltungsbehörde für dieses Gebiet gewesen.

Dann führt Mr. Waugh wörtlich aus:

Während der 3½ Jahre, die ich der Saarkommission angehörte, hatte ich jeden Tag deutliche Beweise, daß vom französischen Gesichtspunkt aus keines der Mitglieder der Kommission kompetent sei, ohne mit dem französischen Präsidenten übereinzustimmen. Dieser war vom Quai d'Orsay instruiert und das ohne Rücksicht auf die Bestimmungen des Versailler Vertrages und die Rechte, die der Vertrag den Einwohnern des Saargebietes zuerkennt. Die wenigsten der Kommissionsmitglieder hatten klare Ein-

sicht in ihre Pflichten gegenüber der Saarbevölkerung und dem Völkerbund. Auch schienen der Völkerbund nicht fähig zu sein, den dominierenden Einfluß Frankreichs zu hemmen. Es war mir von Anfang an klar, daß das belgische und das dänische Mitglied der Kommission vollständig unter französischem Einfluß standen. Das dänische Mitglied war ganz und gar nur Stempel in den Händen der anderen. Dieses Mitglied der Kommission verstand offenbar sehr wenig von seinen Pflichten, brachte den größten Teil seiner Zeit in Paris zu und schien sehr wenig Interesse für seine Aufgabe zu haben, nur insofern, sein Gehalt pünktlich zu beziehen. Er, der Franzose und der Belgier hatten stets die Majorität in der Kommission; sie brachten es ständig dahin, daß alle vorkommenden Fragen nach Instruktionen aus Paris erledigt wurden. Der Völkerbundsrat nahm seinerzeit mit Erstaunen Kenntnis davon, daß der französische Präsident der Kommission, gegen meinen Protest, in Paris ein eigenes Sekretariat organisiert hatte, wofür die Kosten von der Saarbevölkerung bestritten werden mußten. Ebenso erfuhr der Völkerbundsrat, daß bei diesem Bureau eine heimliche Informationswirksamkeit von und nach Paris bestand, auch wurden hierdurch sämtliche Protokolle von den Verhandlungen der Kommission der Regierung in Paris zur Verfügung gestellt. Es ist überflüssig zu erwähnen, daß der Präsident diese heimliche Informationswirksamkeit als eine private Angelegenheit betrachtete, demzufolge alle Akten, die nach Paris gingen und von dort kamen, heimlich gestempelt wurden. Eine kurze Zeit, nachdem ich aus der Saarkommission ausgetreten war, bestimmte der Völkerbundsrat, daß die Kommission alle Instruktionen von ihm nehmen müßte und daß alle Mitteilungen von der Regierungskommission an die französische Regierung und umgekehrt durch die Kommission im ganzen und ihren französischen Präsidenten gehen müßten.

Die französische Regierung war alleinbestimmend, als Dr. Hector vom Völkerbundsrat zum Vertreter der Saarbevölkerung in die Kommission gewählt wurde, seine Beziehungen zu der französischen Regierung waren so offensichtlich, daß er genötigt wurde, abzugeben, wodurch Herr

Land vom Rat gewählt wurde. Statt Hector durch einen tüchtigen und unparteiischen Nachfolger zu ersetzen, wurde durch französische Beeinflussung dieser Land vom Völkerrundsrat gewählt, der eigentlich eine noch bedenklichere Person war als Hector. Er war durchaus beschränkt und ungebildet und stimmte immer nach Anweisungen des Kommissionspräsidenten. Aber eben dieser niedrige Qualitätsgrad schien ihm dazu zu verhelfen, durch die Unterstützung der französischen Regierung in Genève wiedergewählt zu werden.

Man kann sich vorstellen, wie die Saarbevölkerung diese Manöver der französischen Regierung betrachten mußte. Unter anderen, besseren Verhältnissen hätte sich die Saarbevölkerung sicher den Bestimmungen gefügt. Das Benehmen der Regierungskommission rechtfertigte ganz und gar die zeitweise herrschende Mißstimmung. Ich staunte manchmal über die Geduld der Bevölkerung, besonders während des Grubenarbeiterstreiks. Eins ist gewiß: die englischen Grubenarbeiter hätten sich nie den tränkenden Verordnungen der Regierungskommission unterworfen. Wie ohne Zweifel bekannt, hat die Regierungskommission die Befugnis, die Bestimmungen des Versailler Vertrages auszulegen, was durch einfache Majorität geschieht. Es wäre dies eine passende Verordnung, vorausgesetzt, daß eine anständige Regierung vorhanden wäre. — a decent commission. — Wie es aber jetzt geregelt war, war die Lage höchst bedenklich. — dangerously exasperating. — Die Auslegungen der Kommissionsmajorität stimmten mit den französischen Instruktionen vollständig überein. Die meisten davon waren ungerechtfertigt.

Ich bin der Meinung, daß das Saargebiet ein Unruhezentrum Europas ist. Es ist allgemein bekannt, was für eine große Rolle die Saarkohle für Deutschland und Frankreich spielt. Frankreich will die Saarkohlen besitzen, ebenso Deutschland. Deutschland will die Saarkohlen besitzen, um zu verhindern, daß Frankreich die Kombination zwischen den Lothringer Eisenerzen und den Saarkohlen ausnützt, wie es Deutschland vor dem Kriege tat. Die letzte Entscheidung wird bei der Abstimmung, wenn nicht früher, fallen. Wenn Deutschland bei der Abstimmung siegt, ist es berechtigt, nach erfolgter Wertschätzung die Saargruben zurückzukaufen. Deutschland wird nichts unversucht lassen, das Rückkaufsrecht seiner Gruben zu erlangen. Andererseits wird Frankreich dies nach Möglichkeit zu verhindern suchen. Weder Deutschland noch Frankreich wünschen nach der Abstimmung ein Fortbestehen der Kommission und des Regimes des Völkerrundes. Herr Waugh sagt zum Schluß in seinem Schreiben, daß er bei seinem Abgang von der Regierungskommission Abschriften von allen wichtigeren Dokumenten mitgenommen hat, mit deren Hilfe er jede seiner Behauptungen beweisen kann.

Die „Saarbrücker Zeitung“ nennt diese Darlegungen des Herrn Waugh über seine Erfahrungen in der Regierungskommission des Saargebietes ein vernichtendes Urteil über die Regierungsmethoden der Saarregierung, vernichtend aber auch für die englische Regierung, die in voller Kenntnis der unhaltbaren Zustände sich nicht scheute, abermals die Hand dazu zu bieten, den französischen Einfluß durch die Wiederwahl des Präsidenten Rault auf ein weiteres Jahr zu bestätigen.

Die Beschwerden des Saargebietes werden hier in vollem Umfange bestätigt, sagt Waugh doch, daß das Benehmen der Saarregierung die Mißstimmung der Bevölkerung rechtfertige, ja, er ist sogar erstaunt über die Geduld, mit der die Bevölkerung die Mißstände in der Saarregierung ertragen hat und noch erträgt. Die Abhängigkeit des Herrn Rault von seinen Pariser Direktiven wird hier gewissermaßen amtlich bescheinigt, und das Urteil Waugh's über seine Kollegen in der Regierungskommission kann nicht härter sein. Es sagt uns zwar nichts Neues, aber daß es aus so kompetentem Munde ausgesprochen wird, verleiht ihm eine besondere Bedeutung. Dem Völkerrunde werden hier die Augen darüber geöffnet, wie schwer er sich an dem seiner Obhut anvertrauten Saargebiet veründigt hat, als er ihm eine Regierung gab, die in ihrer Zusammensetzung und ihrer Zielrichtung in so offenbarem Gegensatz zu den feierlich gegebenen Zusicherungen stand. Ihren Eindruck auf die Ratsmitglieder werden diese Auslassungen gewiß nicht verfehlen, verstärkt sich doch der Widerstand in der Welt gegen die Behandlung, der die Saarbevölkerung ausgesetzt ist, immer mehr. Die letzte Wahl ist in geheimer Sitzung vollzogen worden. Gewiß sind Dinge dabei zur Sprache gekommen, die man der Öffentlichkeit nicht preisgeben wollte. Es wäre vielleicht verfehlt, die Wiederwahl Raults als einen Erfolg Frankreichs anzusehen, denn die Begleitumstände deuten doch darauf hin, daß man mit dem alten Regime brechen will, und Herr Rault selbst wird in Genf keine rühmenswürdige Rolle gespielt haben.

Insofern stimmen wir mit den Ausführungen der „Saarbrücker Zeitung“ nicht überein, als sie glaubt, daß man in Genf allen Ernstes willens sei, die Amtstätigkeit des Herrn Rault auf alle Fälle auf dies eine Jahr zu beschränken. Wir fürchten, was wir an anderer Stelle eingehender zum Ausdruck gebracht haben, daß im nächsten Jahre von französischer Seite wieder neue Einwände und Umstände in den Vordergrund geschoben werden, die nach französischer Darstellung einen Wechsel in der Präsidentschaft der Saarregierung unumlich erscheinen lassen. Das allerdings ist richtig, daß die Saarfrage immer mehr eine politische Angelegenheit wird, die die Aufmerksamkeit der Welt auf sich zu lenken beginnt. Ob unter dem Einfluß der Erörterungen der Presse allmählich der französische Einfluß in der Saarregierung gebrochen werden kann, ist allerdings eine Frage, die wir nicht ohne weiteres bejahen möchten.

Das Saargebiet im Spiegel der französischen Annexionspolitik.

Vorlesungsvortrag des Verwaltungsdirektors Vogel-Berlin, am Sonntag, 22. März d. J. im Voghaus in Berlin.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ihnen, besonders meinen lieben Landsleuten von der Saar vorerst unseren Saargebetsgruß „Gut auf!“ entbieten zu dürfen, gereicht mir zur besonderen Freude. —

Die Sinnlosigkeit des Versailler Diktates mit seinen zerstörenden Wirkungen in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehung hat sich besonders augenfällig an dem beispiellosen Schicksal des Saargebietes gezeigt. Deutscher Geist und deutscher Fleiß haben an den Ufern der Saar in jahrhundertelanger Arbeit ein Industriezentrum geschaffen, das vor dem Kriege zu einem der wichtigsten Europas gehörte. Dort förderten 80 000 Bergknappen die im Schoße der Erde lagernde Saarkohle zutage. In der Glut riesiger Hütten- und Eisenwerke verdienten 90 000 Arbeiter ihr Brot. Eine vielseitige Maschinenbau-, Glas- und Tonwarenindustrie hatte sich entwickelt und Handel und Gewerbe blühten neben einer gesunden Landwirtschaft. Das Industriegebiet an der Saar, mit seinen herrlichen Bergen, uralten Buchen- und Eichenwäldern, malerischen Tälern und fruchtbaren Ebenen, in dem die Gruben- und Schachtanlagen das Bild der Landschaft erhöhen, hat außerdem auch dadurch einen besonderen Reiz, daß es sich seit jeher vorteilhaft von dem unerschöpflichen Bild, das andere russige und qualmige Industriegegenden bieten, unterscheidet.

Die 800 000 Menschen, die dort an der Saar in dem von der Entente abgegrenzten Gebiet wohnen, sind urdeutsch. Deutsch ist ihre Seele, deutsch ihre Geschichte, deutsch ihre Kultur und deutsch der Boden, auf dem sie leben und arbeiten. Und doch stehen unsere Brüder und Schwestern an der Saar seit über sechs Jahren in einem Kampfe, der schwerer als ihr Lebensgang ist: Im aufreibenden Kampf um ihr Volkstum und ihr Vaterland.

In einer tausendjährigen Geschichte ist das heutige westdeutsche Grenzgebiet in ganzen nur 68 Jahre in vier

verschiedenen Epochen das Opfer französischer Raubpolitik geworden. Seit 1815 hat es ununterbrochen zu Deutschland gehört. Ein herrliches Beispiel deutscher Treue bot die Saarbevölkerung im Kriege 1870/71. Wer je die Gedächtnisfeier an die Schlacht von Spichern im Saarbrücker Ehrenmale miterlebt hat, weiß, wie warm das deutsche Herz an der Saar schlägt. So war es auch im Weltkrieg und in der düsteren Zeit, die den Novembertagen von 1918 folgte. Tief ergreifend brach das deutsche Empfinden durch, als es galt, Abschied zu nehmen von unseren braven feldgrauen Truppen beim Rückzuge nach dem Waffenstillstand.

Als bereits im Dezember 1918 in französischen Zeitungen die seit langer Zeit vorbereiteten Annexionsabsichten auf das Saargebiet laut wurden, rief die Saarbevölkerung in einer an Wilson gerichteten Adresse laut in die Welt: „Wir sind Deutsche nach Abstammung, Geschichte, Sprache und Gesinnung! Wir wollen auch jetzt in der Zeit des tiefsten Unglücks mit unseren deutschen Brüdern und Schwestern weiter vereint bleiben!“

Trotzdem hat es Frankreich bei den Friedensverhandlungen verstanden, seine Pläne, wenn auch zunächst in verschleielter und zeitlich begrenzter Form, durchzusetzen. Clemenceau übermüdete Wilson und Lloyd George mit der Lüge von der Existenz von 150 000 Saarfranzosen, die in einer Adresse die Wiedervereinigung mit Frankreich wünschten, während es in Wahrheit im Saargebiet kaum ein Dutzend Franzosen gab. Er erreichte aber, daß dieses deutsche Land im Namen des Selbstbestimmungsrechts der Völker der französischen Macht ausgeliefert wurde. Das Versailler Diktat zwang Deutschland, das unbeschränkte Eigentum an sämtlichen Kohlengruben des Saargebietes mit dem ausschließlichen Ausbeutungsrecht an Frankreich abzutreten. Dieser Raub an 40 Grubenanlagen mit einer Jahresförderung von 18 Millionen

Tonnen wurde damit begründet, daß sie ein Ersatz für die in Nordfrankreich zerstörten Grubenanlagen sein sollten. Die französischen Gruben sind jedoch nach dem eigenen Eingeständnis des französischen Ministers für Wiederaufbau längst wieder in Gang gesetzt und ihr Förderausfall zudem durch die Lieferung deutscher Reparationskohle um ein Vielfaches gedeckt worden. Frankreich griff nach der Saarkohle nur, um ein altes Ziel seiner Raub- und Machtpolitik zu erreichen. Als Besitzerin der Kohlengruben beherrscht es das ganze Wirtschaftsleben an der Saar. Französisches Kapital hat sich des größten Teiles der Eisen- und Stahlhüttenwerke bemächtigt, die bei einer Belegschaft von 30 000 Mann 1,5 Millionen Tonnen Eisen und 2 Millionen Tonnen Stahl vor dem Kriege im Jahr förderten.

Die Unsinntigkeit der Saarbestimmungen in dem Versailler Diktat wird am besten durch die zurzeit geführten deutsch-französischen Verhandlungen über die Saarfrage bewiesen: weil die Saarbestimmungen unsinnig, widernatürlich sind, deshalb muß die einst so blühende Saarwirtschaft unter dem Einfluß der Saarzugrenze, wie sie mit dem 10. Januar d. Js. errichtet wurde, verkümmern.

Politisch gelangte das Saargebiet unter die Oberhoheit des Völkerbundes, der das Land 15 Jahre lang bis zum Jahre 1935 als sogenannter „Treuhänder“ verwalten soll. Aber die Regierungskommission mit dem vielfach genannten Franzosen Kault an der Spitze hat sich lediglich als ein Organ der französischen Politik erwiesen. Auch die nichtfranzösischen Ausländer in der Regierungskommission haben bisher vollkommen unter dem Banner Frankreichs gestanden.

Die französischen Lostrennungsbestrebungen setzen mit der Tätigkeit der Militärbehörden gleich nach der Befehlsgebung ein. All das, was sich eine zügellose Soldateska später am Rhein, Ruhr, und in der Pfalz an kaum dagesessener Brutalität leistete, hat das Saarvolk schon Jahre vorher zu erdulden gehabt: Schändung der Ehre, Beschmutzung der Seele, Raub, Plünderung, Mord, Totschlag, Verhaftung, kriegsgerichtliche Verurteilungen, Ausweisungen usw.

Kurz nach dem Amtsantritt der Regierungskommission im März 1920 legte die Saarbevölkerung ein ergreifendes Bekenntnis zum Deutschtum in Massenversammlungen und in der Presse aller politischen Parteien ab. Aber gar bald mußte man erkennen, daß die Völkerbundskommission die französische Unterdrückungs- und Annexionspolitik mit denselben und mit noch gefährlicheren Mitteln forsetzte, als es die französische Militärherrschaft getan hatte. Bei allen bisherigen Maßnahmen sind die Absichten der Regierungskommission unzweideutig hervorgetreten, das Saargebiet aus seinem engen politischen und wirtschaftlichen Zusammenhange mit Deutschland zu lösen und Frankreich durch Einräumung von weit über den Vertrag hinausgehenden Rechten die Möglichkeit der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Durchdringung des Saarlandes zu bieten.

Planmäßig sind die Fäden, die die saardeutsche Bevölkerung mit dem Reich verbinden, gelöst worden: Die deutschen Beamten und Arbeiter dürfen ihren deutschen Organisationen nicht angehören, das Recht wird der Bevölkerung gesprochen, nicht vom Reichsgericht, sondern von einem international zusammengesetzten Gerichtshof in Saarlouis unter beherrschendem französischem Einfluß. An Stelle der Mark ist die Frankenwährung unter Vertragsbruch getreten, wirtschaftlich ist das Saargebiet in das französische Zollgebiet aufgenommen. Durch Druck und Gewalt ist es dem französischen Kapital gelungen, den maßgebenden Einfluß in den großen und starken Industrien sich an der Saar zu verschaffen. Vertragsbruch, Bodennutzen und wirtschaftlicher Druck aller Art haben die Einrichtung französischer Schulen ermöglicht, in denen heute schon Tausende deutscher Kinder Unterricht erhalten, um ihrem Vaterland und ihrer Sprache entfremdet zu werden. Das alles und noch vieles mehr ist im deutschen Saargebiet unter den widerrechtlich noch immer dort stehenden französischen Bajanen geschehen und geschieht täglich aufs neue. Die ganze Tätigkeit der Regierungskommission unter der Führung des Franzosen Kault ist fortgesetzt ein einwandfreier Beweis für die französische „Eroberungspolitik“.

Die deutsche Regierung und das Saarvolk stehen dem machtlos gegenüber, denn sie haben weder rechtlich noch tatsächlich auf die Auswahl der Mitglieder dieser Regierungskommission den geringsten Einfluß. Sie besitzen auch keine Handhabe, irgendwie auf die Führung der Geschäfte einzuwirken. Die Zusammenfassung der Regierungskommission und das in der Auswahl der Personen Ueberwiegen des französischen Einflusses belagt alles.

Die vielfachen Delegationen der politischen Parteien des Landesrats haben einen wahren Berg von Beschwerden vor dem Völkerbundsrat zusammengetragen, bisher ohne nennenswerte Erfolge. Herr Kault, von Frankreich hierzu beauftragt, ließ sich nicht im geringsten in seiner Französisierungs-

politik behindern. Während die höchsten Beamtenstellen vorwiegend mit Franzosen besetzt sind, werden deutsche Beamte, die von der Bevölkerung in wichtige Vertrauensstellen der Kommunalverwaltung gewählt wurden, nicht bestätigt. Franzosen können viel leichter ins deutsche Saargebiet einreisen, als Deutsche. Franzosen werden bei der Wohnungszuweisung bevorzugt. Es ist nicht möglich, Vertreter des deutschen Geisteslebens zur Saarbevölkerung reden zu lassen. Der Saarbewohner verliert sein Heimatsrecht gemäß der von dem Franzosen Kault geschaffenen Saareinwohnerseigenschaft, sobald er ein Jahr außerhalb des Saargebiets verweilt usw. In zahlreichen Denkschriften, deren erste im Dezember 1921 erschienen ist, sind die Beschwerden und Proteste über die Verstöße der Saarregierungskommission eingehend behandelt. Die Führer der politischen Parteien haben sie in kluger, mutiger und sachlicher Weise in Genf vertreten und dem Völkerbunde insbesondere wiederholt die Forderung unterbreitet, den französischen Präsidenten Kault abzusetzen und den Präsidenten entweder vom Volke wählen zu lassen, oder den Vorsitz in der Regierungskommission wenigstens einer neutralen Persönlichkeit zu übertragen.

Daß der Völkerbund seine Treuhänderpflichten gegenüber dem Saargebiet in gröblichster Weise vernachlässigt und selbst seinen Ruf in Gefahr bringt, hat er auf seiner letzten Tagung in Genf erneut durch die Behandlung der Saarfrage bekundet.

Ein vernichtendes Urteil über die Mißstände in der nur unter französischem Einfluß stehenden Saarregierung fällt in seinen letzten veröffentlichten Enthüllungen des kanadischen Ministers Waugh. Er ist über 3 Jahre Mitglied der Saar-Regierungskommission gewesen; er hat sein Mandat dem Völkerbundsrat vor Jahresfrist zur Verfügung gestellt, weil er des französischen Einflusses auf die gesamte Saar-Regierungskommission wegen „eine ihn beschämende Rolle nicht mehr weiterspielen wollte“. Waughs Urteil ist eins der interessantesten Zeitdokumente! Dem Völkerbunde öffnet er die Augen darüber, wie schwer er sich an dem seiner Obhut anvertrauten Saargebiet ver-sündigt hat! Er nennt das Saargebiet mit Recht ein „Unruhezentrum Europas“. In der Tat ist die Saarfrage eine hochpolitische Angelegenheit, die endlich die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich zu lenken beginnt.

Wie lange noch? Das ist der Ruf, den das gesamte Saarvolk, das jedes Vertrauen zum Völkerbunde verloren hat, täglich erhebt. Die wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Druckmittel der Franzosen lassen nur zu deutlich erkennen, daß sie auf die Beeinflussung des Abstimmungsergebnisses im Jahre 1935 abzielen. Zweifellos haben sie im Laufe der Zeit gewisse Erfolge erzielen können.

Aber auf einem Gebiete sind alle Bemühungen der Saarregierung und der französischen Propaganda ohne Erfolg geblieben: Wenn es ihnen auch gelungen ist, die eine oder andere Kreatur zu kaufen, die Herzen der Bevölkerung haben sie nicht zu erobern vermocht.

Die bisherigen Wahlen zum Landesrat sind die glänzendste Widerlegung der Clemenceau'schen Lüge von den 150 000 Saarfranzosen. Sie sind der beste Beweis für die völlige Sinnlosigkeit einer Volksabstimmung im Jahre 1935, denn sie haben gezeigt, daß das Saargebiet zu 99 Prozent deutsch ist.

Wahrlich aufreizender als im Saargebiet kann die Vergewaltigung eines Volkes nicht getrieben werden. Das alles ist dem Völkerbunde bekannt. Er weiß das nicht nur aus den Verhandlungen des Landesrats, sondern auch aus den zahllosen Kundgebungen aller politischen Parteien und Bevölkerungsschichten, die freimütig bekannt haben, daß Deutschland ihr Vaterland ist und bleiben wird.

Deutschland kann auch in der Frage des Saargebiets nur auf sein gutes Recht und auf die Bestimmungen des Diktats von Versailles verweisen, die eine unparteiliche Verwaltung des Saargebiets vorschreiben und die Sicherung des Rechts, der Wohlfahrt der Bevölkerung an der Saar ausdrücklich garantiert. Solange der überragende Einfluß Frankreichs im Völkerbund besteht, ist nicht damit zu rechnen, daß Recht und Selbstbestimmung an der Saar dieses deutsche Land regieren.

Um die Treue unserer Brüder und Schwestern an der Saar brauchen wir nicht besorgt zu sein. Ihr im opferreichen Kampfe um das Deutschtum bewiesener herrlicher Patriotismus ist ein heller Lichtstrahl in düsterer Gegenwart. Diesen Braven gebührt der Dank des Vaterlandes!

Denen aber, die aus fremden Ländern kommen und im Völkerbund über das Schicksal des Saarvolkes beschließen, rufe ich mit meinen Landsleuten an der Saar zu: Schaut in die Vergangenheit dieses Gebietes. Sie lehrt euch, daß dieses Gebiet nie anders als deutsch war! Und was die Vergangenheit euch offenbart, das sagt euch noch viel stärker die lebendige Gegenwart: Es gibt kein Saarproblem, es gibt nur ein deutsches Saarland. Die Saar war, ist noch und wird deutsch bleiben!

Die Saarwirtschaftsverhandlungen.

Das Saargebiet Kompensationsobjekt.

Zur Regelung der Saarzollfrage hatte sich Anfang des Monats März eine Delegation von Saarwirtschaftsführern und Vertretern der Gewerkschaften nach Paris begeben, um vor den deutsch-französischen Verhandlungen über die Saarwirtschaftsfrage der französischen Handelsdelegation die besonderen Wünsche und Beschwerden der Saarwirtschaft vorzutragen. Wir müssen gestehen, daß die Offenheit, mit der der französische Delegationsführer, Ministerialdirektor Serlans über die französische Einstellung zu den Wirtschaftsbedürfnissen des Saargebiets sprach, uns einigermaßen überraschte. Allerdings gab er im Grunde von dieser französischen Einstellung kein anderes Bild, als wie es sein hoher Chef, Minister Rainaldy, wenige Wochen vorher bereits gekennzeichnet hatte: erst das Saargebiet versacken lassen und dann, ja dann ergibt sich vielleicht die Möglichkeit, darüber noch einmal zu sprechen. Und an seiner Stelle hat tatsächlich am 10. März der Leiter der Abteilung für Handelsvertragsangelegenheiten im französischen Handelsministerium, der insbesondere Spezialist in der Saarzollfrage ist, eben dieser genannte Herr Serrus gesprochen. Er erklärte klipp und klar, daß Frankreich zwar auf Grund des Versailler Vertrages und der Übertragung seitens der Saarregierung die wirtschaftliche sowie die politische Auslandsvertretung des Saargebiets unerschütterlich beanspruche, daß es jedoch die Wirtschaftsinteressen des Saargebiets nur insofern befürworte und fördere, als sie mit den Interessen der französischen Volkswirtschaft parallel liefen.

Die Wünsche des Saargebiets wurden Herrn Serrus durch Herrn von Boch namens des saarländischen Wirtschaftslebens mitgeteilt. Danach werden für das Saargebiet folgende Ausnahmen für notwendig erachtet:

1. Daß die saarländische Industrie nach wie vor zollfrei nach Deutschland denjenigen Ueberschuß ihrer Produktion ausführen kann, den sie weder in Frankreich noch im übrigen Ausland unterzubringen vermag.

Das gilt für alle Erzeugnisse der saarländischen Industrie und naturgemäß vor allem für die Erzeugnisse der saarländischen Hauptindustrien, der Eisenindustrie, der Glas- und der keramischen Industrie. Wir möchten dabei nicht vergessen, daß es gleichzeitig auch notwendig ist, der saarländischen Kohle freien Eintritt in Deutschland zu sichern, denn die Kohlengruben sind die Brotgeber für den größten Teil der Bevölkerung.

2. Das Saargebiet hängt für einen großen Teil seines Bedarfs von der zollfreien Einfuhr deutscher Waren ab. Es wird daher notwendig erscheinen, einzeln die verschiedenen Positionen des französischen Zolltarifs daraufhin zu prüfen, welche Waren für die unbedingt notwendige zollfreie Einfuhr in Frage kommen.

Die Wünsche des Saargebiets betreffen das Lebensinteresse der gesamten saarländischen Bevölkerung, sowohl das Interesse von Industrie und Handel, als auch das Interesse der Verbraucher und der arbeitenden Bevölkerung.

Herr Serrus bekräftete in seiner Antwort, daß er die Saarwirtschaftsfrage lediglich von dem Gesichtspunkt aus behandelt wissen wolle: was bietet Deutschland in der lothringischen Wirtschaftsfrage als Gegenleistung, wenn Frankreich sich in der Saarfrage wirtschaftlich zu Entgegenkommen bereit zeige. Also in dem Augenblick, wo das Saargebiet von Frankreich die Sicherstellung seines wirtschaftlichen Lebens nach der rücksichtslos durchgeführten Zollabschnürung des Saargebiets von Deutschland fordert, in dem gleichen Augenblick ist das Saargebiet für Frankreich lediglich Kompensationsobjekt, um von Deutschland weitgehende Zugeständnisse in der lothringischen Produktion zu erlangen. Er sagte den Saarvertretern, daß Deutschland daran schuld sei (natürlich!), wenn es im Saargebiet wirtschaftlich nicht gut stehe, weil ja Deutschland die Tür zugemacht (!!) habe, obwohl Herr Serrus sehr genau weiß, daß Frankreich die Durchführung der undurchführbaren Zollbestimmungen verlangt hat und daß es es abgelehnt hat, die Zollgrenze an der saarländisch-lothringischen Grenze zu belassen. Frankreich versucht, — so meinte Herr Serrus weiter — für Lothringen und die Saar eine Regelung zu finden, in dem Deutschland einen tragbaren Zollsaß für die Eiseneinfuhr konzediere, das Hindernis für eine befriedigende Regelung sei aber der Widerstand Deutschlands, dies zu gewähren! Für das Saargebiet eine Sonderregelung in Eisen zu geben, sei unvereinbar mit dem Grundsatz der Gleichheit und Unteilbarkeit des französischen Zollsystems. Eine Sonderregelung in Eisen für das Saargebiet in Gestalt der Gewährung zollfreier Einfuhr würde ein internationales Problem aufwerfen, weil dann andere Länder nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung etwas Entsprechendes fordern würden. Eine Sonderregelung für

das Saargebiet sei, wie er schon vorher ausgeführt habe, zwar tragbar für diejenigen Industrien, für die sich eine Sonderregelung ergäbe und die mit französischen Exportmöglichkeiten nach Deutschland nicht konkurrierten. Er betone, daß für den Abschluß des Handelsvertrages mit Deutschland unerläßliche Bedingung sei, auch für die Saar Eisenausfuhrmöglichkeiten in Deutschland zu bekommen, aber es könne keine Diskriminierung des Saargebietes zuungunsten Lothringens vorgenommen werden. Das Saargebiet werde andererseits auf keinen Fall schlechter gestellt werden wie Lothringen und soll alles das erhalten, was in dem Handelsvertrag mit Lothringen durchgedrückt werden würde. Zu diesem Zweck sei allerdings, wie er schon angedeutet habe, auch an eine Sonderregelung für das Saargebiet und Lothringen gemeinsam zu denken, die evtl. die Lösung des Problems ergeben könne. Er wies darauf hin, daß die Saareisenfrage durch die Beteiligung französischer Kapitals an der Saareisenindustrie gleichzeitig auch eine speziell französische sei, und daß somit auch im französischen Interesse das Saarproblem geregelt werden müsse. Weiter meint Herr Serrus, daß Frankreich eine autonome, außertragliche Regelung durch Deutschland, wonach dieses dem Saargebiet für seine Eisenausfuhr Zollfreiheit gewähre, nicht zulassen könne. Eine solche autonome Lösung würde dem internationalen Recht widersprechen. Es sei nicht anständig, daß Deutschland eine unterschiedliche Behandlung für einen Teil des französischen Zollgebietes zuungunsten der anderen Teile vornehme. Die Auffassung der französischen Regierung in dieser Beziehung sei der deutschen Regierung bereits mitgeteilt.

Die Wünsche des saarländischen Handels brachte hierauf Großkaufmann Richard Beder für die im Schutzverein für Handel und Gewerbe im Saargebiet vertretenen 2500 Handelsfirmen zum Ausdruck, die dahin gehen, durch Erhaltung des Absatzes nach Deutschland ihre Lebensmöglichkeiten gesichert zu bekommen. Weiterhin betonte er die Notwendigkeit der zollfreien Einfuhr der vom Saargebiet unbedingt benötigten deutschen Waren. Er weist noch besonders darauf hin, daß der Handelsverkehr zwischen dem Saargebiet und Frankreich sich sehr zugunsten Frankreichs entwickele, indem Frankreich nach dem Saargebiet mehr liefere als das Saargebiet umgekehrt nach Frankreich. Hieraus müsse notwendigerweise eine Passivität der Handelsbilanz gegenüber Frankreich eintreten, und es sei unbedingt notwendig, den Ausgleich dadurch zu sichern, daß das Saargebiet ein starkes Ausfuhrland bleibe. Der Redner bespricht dann weiter die Notwendigkeit, für den kleinen Grenzverkehr baldmöglichst eine befriedigende Lösung zu finden.

Auch in dieser Frage verhielt sich Herr Serrus ablehnend, indem er erklärte, daß Frankreich dem Saargebiet nur Entgegenkommen beweisen könne, wenn auch Deutschland Frankreich gegenüber in seinen handelspolitischen Wünschen Entgegenkommen zeige. Besonders bezeichnend war die Tatsache, daß auch die Franco-saarländische Handelskammer Herrn Serrus ein schriftliches Exposé überreichte, auf das dieser nur kurz mit der Erklärung einging, daß er im allgemeinen damit einverstanden sei, woraus sich ergab, daß es sich hier bei um eine abgetaktete Sache handelte.

Schließlich erklärte Herr Serrus, daß er es für zweckmäßig hielt, mit seinen Mitarbeitern nach Saarbrücken zu kommen, um dort in eingehender Aussprache mit den sämtlichen Wirtschaftskreisen zu prüfen, welche Maßnahmen in der Zollregelung zu ergreifen seien. Diese Besprechungen fanden vom 21. bis 23. März im Generalsekretariat des Völkerbundes statt. Während die Saarpresse über das Ergebnis der Unterredungen nichts mitteilte, berichtete die Völkische Zeitung darüber folgendes:

Herr Serrus habe im wesentlichen ausgeführt, daß die französische Regierung abweichend von dem deutschen Standpunkt daran interessiert sei, nicht erst private Verhandlungen abzuwarten, sondern sofort zu einer Gesamtlösung sowohl für das Saargebiet wie für Elsaß-Lothringen zu kommen. Bezüglich der Einfuhr deutscher Waren erklärte Serrus sich zur kontingentierten Einfuhr folgender Waren bereit: Halbfabrikate, Maschinen und Maschinenteile, Haushalts- und Bekleidungsartikel und Industrie-Rohstoffe. Bezüglich des Kleingrenzverkehrs versprach er weitgehendstes Entgegenkommen. Der Handel dagegen müsse sich mit den bestehenden Tatsachen abfinden.

Die Vertreter der Gewerkschaften haben Herrn Serrus in der Hauptsache folgende Forderungen unterbreitet: 1. ausreichende Ausfuhr- und Absatzmöglichkeiten für saarländische Erzeugnisse

sowohl nach Deutschland wie nach Frankreich hin, 2. unbehinderte Einfuhrmöglichkeiten aller deutschen Produkte, die für ungestörte Produktion notwendig sind, vor allem von Halbfabrikaten, Maschinen und Maschinenteilen, Haushalts- und Bekleidungsartikeln und Industrie-Rohstoffen, 3. Freigabe des Kleingrenzverkehrs.

Serruys versprach daraufhin, sich für eine Verbilligung der Lebenshaltung der Konsumenten einzusetzen und dem Kleingrenzverkehr keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Wir fürchten, daß das Ergebnis der ganzen Unterhaltungen zwischen Saarwirtschaft und Herrn Serruys sehr problematisch sein wird. Herr Serruys hat im Laufe der Verhandlungen wiederholt klar zum Ausdruck gebracht, daß Frankreich in der Behandlung der Saargrillfrage und der Saarwirtschaftskrise das Saargebiet lediglich als Schachobjekt Deutschland gegenüber in der Lothringer Frage betrachte. Wir haben von Frankreich auch nichts anderes erwartet, das ja das Saargebiet in den letzten 5 Jahren lediglich als Reparationsgebiet ausgebeutet und ausgezogen hat. Diese Methode versucht es auch fortzusetzen. Die „Neunkirchner Volkszeitung“ faßt die Auffassung über die derzeitige Lage wie folgt treffend zusammen: Frankreich will keinerlei Lösung zulassen, wodurch die Schwerindustrie des Saargebietes, deren natürlicher Abnehmer von mehr als der Hälfte ihrer Produktion Süddeutschland ist, besser gestellt würde, als die lothringische Schwerindustrie, die ebenfalls hauptsächlich in Fortsetzung der deutschen Aera dahin absetzen möchte. Schlechter als Lothringen sollte das Saargebiet nicht gestellt werden, keinesfalls aber auch nicht besser als das ehemalige Deutsch-Lothringen. Daß tatsächlich die

Saareisenindustrie gemäß ihrem Standort als Käufer des lothringischen Erzes und der französischen Staatskohle sowie entsprechend ihrer Frachtlage zu den Ausfuhrhäfen, wesentlich ungünstiger als die lothringische Konkurrenz arbeitet, wird französischerseits zwar nicht geleugnet, jedoch als für die Stellungnahme der französischen Regierung unbeachtlich bezeichnet. Anders und praktisch gesagt: Frankreich will angesichts der selbstverständlichen Sympathie für die zeitweilig vom Mutterlande getrennte Wirtschaft die Zwangslage des deutschen Saargebietes in geradezu erpresserischer Weise zum Vorteil der lothringischen Schwerindustrie ausnützen, oder vielmehr im Interesse der großen französischen Hüttenkonzerne, in deren Händen sich zurzeit bekanntlich auch so ziemlich die Hälfte der saarländischen Eisenindustrie befindet.

Es fragt sich nun, was die einzig zur Wahrung der Wohlfahrt der Saarbevölkerung vom Völkerbund neu in Pflicht genommene Regierungskommission leistet, um bei der offenbaren Kollision französischer und saarländischer Wirtschaftsinteressen diejenigen der wider den Willen der Bevölkerung zwangsweise nach Westen umgestellten Saarwirtschaft ernstlich zu vertreten.

Mehr als ein Satyrspiel ist es einzuschäuen, wenn sich bei Gelegenheit der aufgetauchten grundsätzlichen Differenzen die sog. „Franco-Saarländische Handelskammer“ maßlos macht, und in empfehlende Erinnerung bringt, wie wenn sie nicht auftragsgemäß ausschließlich im Dienste Frankreichs zu arbeiten hätte. Leider gibt es noch immer saarische Firmen, welche sogar unter erheblichen pekuniären Opfern diesem von dem französischen Saarkommissar Urbain Fabvier präsiidierten Propagandainstitut den Anschein eines gewissen Reliefs in der Saarwirtschaft zu verschaffen, beitragen.

„Fünf Jahre Völkerbundsverwaltung im Saargebiet.“

Diese Thema behandelte in einer Katholikerversammlung in Heiligenwald der bekannte bisherige christliche Gewerkschaftsführer jetzige Direktor Karius, Mitglied des Landestats. Aus seinen bedeutenden Ausführungen geben wir folgendes wieder:

Ausgehend von der Absicht Frankreichs, am linken Rheinufer eine Art Pufferstaat zu machen und das Saargebiet wie 1814 mit Frankreich einzuverleiben, schilderte er die Entstehung des Saartatuts mit Hilfe der bekannten 150 000 Saarfranzosen, die Einrichtung der Völkerbundsregierung mit dominierendem französischen Einfluß in der ganzen Verwaltung, das Recht der Regierungskommission, alle Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Saartatuts nach Stimmenmehrheit zu entscheiden, die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts in Sachen der Rechte der Beamtenchaft, die wenigen Rechte des Landestates und die wiederholten Versuche, alle die Männer hinauszuwählen, die bisher in Genf das Wort redeten. Er legte die Veruche dar, um die Selbstverwaltungsrechte der Gemeinden zu schmälern, die sozialen Rechte und die Lage der Bergarbeiterchaft. Bezüglich der Steuern führte er aus: „Wir im Saargebiet zahlen heute mehr Steuern, wie das durch Reparationen unendlich belastete Deutsche Reich. Die Gefahr besteht, daß eine große Anzahl von Gemeinden noch eine Nachbesteuerung vornehmen muß, die bis zu 8 Proz. vom Lohnabzug geht. Das Saargebiet als Staatsverwaltung hatte im Etat 1924 eine Ausgabe von 185 Millionen Franken, die Gemeinden 250 Millionen Franken, was eine Gesamtsteuerbelastung von 400 Millionen Franken ergibt. Dazu kommt, daß Deutschland auch noch viel zum Saaretat zahlt, zu den Kriegrenten allein jährlich 40 Millionen Franken, ferner die Ruhegehälter für die vor 10. 1. 1920 pensionierten Beamten. Der gesamte Steuerbedarf geht so weit über 500 Millionen, so daß wir im Saargebiet eine größere Steuerbelastung zu tragen haben wie im übrigen Deutschen Reich. Eine Kontrolle über die Staatssteuern gibt es nicht, man ist in dieser Beziehung vollkommen souverän. Die Zahl der Steuerarten beträgt 23, davon 8 direkte und 15 indirekte Steuerarten. Durch die neuen Steuern auf Grund des Steuerabkommens mit Frankreich wird die Verteuerung der Lebenshaltung etwa 10 Prozent betragen. Die Abtretung des Saargebietes und die Einsetzung einer eigenen Verwaltung kostet das Saargebiet 50 Millionen Franken jährlich. Das ist die beste Begründung gegen das Saargebiet als ein selbständiges Staatsgebilde.“

„Das Saargebiet braucht keine Reparationen zu zahlen, es ist das glücklichste Land der Welt!“ In Wirklichkeit zahlen wir im Saargebiet nicht nur Reparationen an private Franzosen, sondern auch an den französischen Staat. Was kosten die 40 französischen Beamten, die wir gar nicht brauchen? Was die vielen Beamten auf der Bergwerksdirektion? Wenn die Gruben 10 Jahre so weiter betrieben werden und dann wieder in deutsche Hände übergehen, welches Bild bieten sie dann! Die besten Flöze baut man heute nur ab und die kleinen läßt man liegen. In der Wohnungsfrage geriert die Wohnungen der Bergwerks-

direktion das Vorrecht, daß sie nicht der Zwangswirtschaft unterliegen. Bevor die neuen Löhne der Bergarbeiter ausbezahlt wurden, waren sie schon längst durch die inzwischen eingetretene Erhöhung der Lebensmittel ausgeglichen. Frankreich hat in diesem Jahre 70 Millionen Franken verdient an den Saargruben, weil die Löhne der Bergarbeiter niedriger waren als in Frankreich. Man muß sich manchmal fragen, wie die Not der Bergarbeiter so ruhig weiter ertragen werden kann. Trotz der enormen Grubengewinne sind die Pensionen der Bergarbeiter und der Unfallrenten so gering, daß sie zum notwendigen Leben nicht mehr ausreichen. Da greift man zu den Methoden der Unterstüßungen. Im Deutschen Reich sind die Vorkriegslöhne erreicht und hier im Saargebiet will man das nicht. Zuerst kommen die Gewinner und dann die armen Leute. Die Bergwerksdirektion soll vertragsmäßig jährlich in dem Verhältnis des Wertes der Gruben an Staatssteuern zahlen. Deutschland hat den Wert auf 1100 Millionen Goldmark geschätzt und das übrige Eigentum auf 900 Millionen Goldmark. So müßte Frankreich annähernd die Hälfte der gesamten Steuern zahlen, zahlt aber in Wirklichkeit kaum 15 Prozent, also 50–60 Millionen Franken zu wenig. Auch die Folge der Zollabschnürung wird sein, daß das Saargebiet wieder ein armes Land wird. Die Bauern kann ohne genügendes Kapital nicht bebaut werden. Aber eine Kapitalbildung ist nicht möglich, weil alles, was im Saargebiet verdient wird, herausgeholt wird. Der französische Franken ist die beste Saugpumpe für Frankreich. Die Folge davon ist eine fortwährende Verarmung, während es in Deutschland langsam aufwärts geht. Wer nur über die Grenzen des Saargebietes kommt, dem fällt das sofort in die Augen. Hier gibt es 70 000 Personen, die ausschließlich auf Renten und Armenunterstützung angewiesen sind.

Neben der materiellen Not läuft dann noch die seelische Zermürbung einher. Wenn man deutschen Vätern, deutschen Müttern die deutsche Sprache rauben will, dann schneidet die ganze Welt stumm. Es ist ein schmachvolles Geschäft, mit Gewalt und List der deutschen Bevölkerung ihre Sprache zu nehmen. Der Franzose sollte sich schämen, solche Versuche an der deutschen Bevölkerung an der Saar zu machen. Die französische Schule im Saargebiet ist geeignet, die Achtung herabzubringen, die man vor der französischen Nation bisher hatte. Darum war die Freude in ganz Deutschland groß, daß dank der rührigen Arbeit die französische Schule hier in der Gemeinde so zurückgegangen ist. Es ist ein sehr entwürdigendes Geschäft, das man hier im Saargebiet mit der deutschen Jugend treibt. Und es ist eine Schmach, daß wir bei den fremden Nationen so wenig Verständnis in dieser Frage finden. Warum ist das französische Militär im Saargebiet? Doch nur aus rein Prestige-Gründen. Man will uns immer wieder einschümein: Wir (die Franzosen) sind die Sieger und ihr die Besiegten. Wir führen einen heroischen Kampf.

Dieser Kampf ist eine neue Probe auf unsere angestammte Heimat und unsere deutsche Kultur. Den Kampf müssen wir führen und wir werden ihn siegreich bestehen. Ich bin der Überzeugung, daß es so sein wird.

gebiet zu keiner Abstimmung kommt, weil Frankreich doch eine solche Niederlage nicht erleben will, daß 99 Prozent der Bevölkerung gegen Frankreich entscheidet. Wenn jemals Orden notwendig waren, dann im Saargebiet, für Franzosen und Deutsche. Präsident Kaut gebührt der größte Orden, weil er durch seine Verwaltungsmethode bewiesen hat, daß es ein schlechtes Geschäft wäre, Franzose zu werden. Deutsche Arbeit an der Saar ist Pionier- und Schützengrabenarbeit. Der ist ein

deutscher Mann, der den Mut besitzt, seinem Arbeitgeber zu sagen: Mein Kind geht nur in die deutsche Schule. Der Kampf um meine Heimat, wo meine Wiege stand, das ist Schützengrabenarbeit. Ich tue das gerne in der sicheren Hoffnung und Gewißheit, nach zehn Jahren wieder zur deutschen Heimat und meinen deutschen Brüdern zu kommen, wenn nicht eher.

Nicht endenwollender Beifall wurde dem Redner für seine Ausführungen gezollt, ein Beweis dafür, daß er allen aus dem Herzen gesprochen.

Die Saarfrage darf keine Parteifrage werden.

Ohne parteipolitischen Phrasendrusch geht es nun einmal in Deutschland und auch nicht im Saargebiet ab. Wie wir an anderer Stelle ausführen, wird die letzte Entscheidung des Völkerbundes über das Saargebiet in einem Teil der Saar-gebietsbevölkerung als ein Fortschritt hingestellt. Die Saarbrücker „Volksstimme“ gibt eine Erklärung des schwedischen Mitgliedes des Völkerbundes, Professor Unden, wieder, wonach dieser der sozialdemokratischen Sonderdelegation aus dem Saargebiet in Genf gesagt hat:

„Sie können mit dem Resultate Ihrer Bemühungen zufrieden sein. De jure ist zwar noch kein großer äußerer Erfolg erreicht, aber de facto hat sich doch manches geändert. In zwei Hauptfragen haben Sie Erfolg gehabt: Das französische Militär wird zurückgezogen und an die Saarlandgrenze stationiert werden, ebenso wird nach einem Jahre regelmäßiger Wechsel in der Präsidentschaft der Regierungskommission stattfinden. Seien Sie gewiß, daß der Rat die Arbeit der Kommission streng überwachen wird. Entsprechende Anweisungen an Kaut sind gegeben worden. Besonders auch werden die Wünsche der arbeitenden Saarbevölkerung berücksichtigt werden. Schweden wird in der Saarpolitik ganz im Sinne Brantings seine Arbeit fortsetzen.“

Wir freuen uns des beneidenswerten Optimismus' des Herrn Unden, fürchten aber, daß er eine Enttäuschung erleben wird. Wir sind jedenfalls noch außerordentlich skeptisch gegenüber seiner Erklärung, „das französische Militär wird zurückgezogen“ und „an der Präsidentschaft der Regierungskommission wird regelmäßiger Wechsel eintreten“. Herrn Unden und auch der sozialdemokratischen Volksstimme in Saarbrücken dürfte nicht unbekannt sein, daß den Beschlüssen des Völkerbundes nicht unter allen Umständen bindende Kraft innewohnt, und der Beschluß des Völkerbundes lautet auch nicht auf „wird“, sondern auf „soll“. Das sozialdemokratische Blatt stellt selbst fest, daß die Neubestätigung des Herrn Kaut im Saargebiet und des Herrn Mac Donnell in Danzig eine Wechselversicherung zwischen Herriot und Chamberlain bezüglich der beiderseitigen Interessen ihrer Länder in Danzig und im Saargebiet darstellt. Zwischen beiden Neuernennungen besteht aber ein nicht geringer Unterschied. Herr Mac Donnell ist zwar für Danzig wieder bestätigt worden, seine Entscheidung über den Danziger polnischen Briefkastenkonsult ist aber nicht als endgültige Entscheidung anerkannt worden, während die Entscheidungen des Herrn Kaut noch immer mit dem Hinweis darauf anerkannt wurden, daß ihm das alleinige Auslegungsrecht der Saarkartatsbestimmungen zusteht. Wenn man sich nämlich die Entscheidungen des Völkerbundes in der Frage der Neuernennung Mac Donnells und Kauts näher anschaut, so kommt man zu der Feststellung, daß in beiden Fällen der französische Einfluß den Ausschlag gegeben hat. Man wird also auch bei loyalster Einstellung nicht behaupten können und wollen, daß die Entscheidungen des Völkerbundes in der Saar- und Danziger Frage nach Recht und Vertrag erfolgt sind, oder daß sie sich gegenseitig ergänzen.

Und nun die schon etwas stark abgegriffene Phrase: „Wenn in der Lösung der Saarprobleme den deutschen Wünschen bei weitem nicht genügend Rechnung getragen wird, so haben wir das nicht zuletzt auch der hartnäckigen Weigerung der deutschen Rechtsparteien zuzuschreiben, das Reich in den Völkerbund einzutreten zu lassen.“ Mit der Forderung des deutschen Eintritts in den Völkerbund ist es nicht getan, das weiß man auch im Saargebiet. Auch dort hat man zweifellos die Vorgänge mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, die sich in der Frage Völkerbund und Sicherheitspakt entwickelt haben. Auch dem Saargebiet wird es nicht entgangen sein, daß man an dem Eintritt Deutschlands die nicht mißzuverstehende Forderung knüpfen will, daß Deutschland noch einmal ausdrücklich die Bestimmungen des Versailler Diktats anerkennen soll. In diesem Diktat ist auch das Saarkartat mit seinen unwarhnen Voraussetzungen, wahrheitswidrigen Behauptungen und unmoralischen Forderungen enthalten. Es sind weiter darin die deutschen Grenzen aufgeführt, die Deutschland im Osten und Westen, Norden und Süden verstimmen. Auch der Redaktion der Volksstimme in Saarbrücken wird es nicht unbekannt sein, daß kein ehrliebender Deutscher diese Grenzen jemals für dauernd anerkennen will und kann. Selbst im Aus-

land und darunter in Kreisen, die der Sozialdemokratie recht nahe stehen — wir erinnern nur an die „Ere Nouvelle“ und an den „Manchester Guardian“ — vertritt man den Standpunkt, daß Deutschland mit den Versailler Bestimmungen in mehrfacher Beziehung unrecht getan wurde, und daß die Grenzziehung im Osten unbedingt einer Nachprüfung unterworfen werden müsse. Chamberlain hat in seiner Unterhausrede am 24. ds. Mts. die deutschen Sicherheitsvorschläge für außerordentlich bedeutsam im Interesse des Friedens gehalten und dabei es nicht als Kriegsbildung Deutschlands bezeichnet, „wenn es sich nicht bereit erklärte, jede Hoffnung aufzugeben, jemals die östlichen Grenzen durch freundschaftliche Verhandlungen, auf diplomatischem Wege oder durch die Vermittelung des Völkerbundes an gewissen Punkten zu ändern.“ Und Lloyd George, dem man bestimmt nicht nachsagen kann, daß er an der Grenzziehung gegenüber Deutschland nicht beteiligt gewesen sei, erklärte, daß „Polen die hauptsächlichste Gefahr des europäischen Friedens“ sei und daß „die Entscheidung über Oberschlesien tiefes Mißtrauen in Deutschland erregt“ habe. Hinter Polen steht Frankreich!

Daß die englische Sozialdemokratie über die Verhältnisse im Saargebiet wesentlich anderer Auffassung ist als es in der sozialdemokratischen „Volksstimme“ in letzter Zeit zum Ausdruck gekommen ist, wird man selbst in der saarländischen Sozialdemokratie anerkennen. Wenn daher die Saarbrücker Volksstimme glaubte, die Saargebietsbevölkerung von der besonders günstigen Tätigkeit der internationalen Sozialdemokratie für das Saargebiet überzeugen zu sollen, indem sie behauptet, die Initiative und die entscheidenden Anträge im Sinne der Wünsche der Saarbevölkerung seien stets von den Sozialdemokraten im Völkerbundsrat ausgegangen, so genügt es vielleicht, darauf hinzuweisen, daß diesen Anträgen im Interesse der Saargebietsbevölkerung wegen des überragenden französischen Einflusses im Völkerbundsrat nicht entsprochen wurde, obwohl an der Spitze der französischen Politik zur Zeit der Sozialist Herriot steht! Es klingt nicht gerade überzeugend, wenn man auf der einen Seite in den letzten Wochen erneut erfahren mußte, daß die deutschen Sicherheitsvorschläge den stärksten Widerstand in Polen fanden, und daß dieser Widerstand von Frankreich, wo doch heute Herriot regiert, unterstützt wurde und auf der andern Seite von der Volksstimme behauptet wird: „Die Freiheit, das Selbstbestimmungs- und Selbstverwaltungsrecht der Völker und die friedlichen Verständigungs- und Versöhnungsbestrebungen haben in der ganzen Welt keinen besseren Vertreter, als die internationale Sozialdemokratie.“ Die ganze Entwicklung in Europa, in Deutschland und im Saargebiet beweist, daß alle die schönen Reden über „Freiheit, Selbstbestimmung- und Selbstverwaltungsrecht der Völker und friedliche Verständigungsbestrebungen“ bisher lediglich zwar eine schöne, aber leere Phrase gewesen sind. Ob dieser Zustand dadurch gefördert wird, daß man der Welt ein „sozialdemokratisches Deutschland“ und ein „reaktionäres Deutschland“ vor Augen hält und behauptet, „die Hoffnung des Saarvolkes auf eine Rückkehr ins deutsche Mutterland habe, realpolitisch gesehen, ihre beste Gewähr in der sozialdemokratischen Bewegung“, ist eine Frage, die man sich auch im Saargebiet angesichts der tatsächlichen Verhältnisse und der ganzen Entwicklung der Zustände im Saargebiet selbst einmal beantworten sollte, ohne sie dabei lediglich nach dem Parteidogma zu beurteilen.

Wir lassen uns gern belehren, daß wir unrecht haben, und daß unser Pessimismus unangebracht sei, sehen aber vorläufig an Hand der Tatsachen, wie sie sich im Saargebiet zeigen und in Genf erneut erwiesen haben, keinen Grund, heute schon unsere Ansicht zu ändern. Auf jeden Fall aber wird die Saarfrage nicht zugunsten Deutschlands geregelt werden, wenn sie lediglich, wie es in der Saarbrücker Volksstimme geschieht, parteipolitisch aufgegriffen, nach parteipolitischen Gesichtspunkten beurteilt, und durch parteipolitisch aufgegriffene Delegationen in Genf vertreten wird. Das deutsche Interesse an der Saar verlangt es, daß man auch der Arbeiterschaft an der Saar keinen blauen Dunst vormacht, sondern die Dinge realpolitisch ansieht, und die Saarfrage nicht als eine parteipolitische, sondern als eine nationale Frage betrachtet!

Das Korruptionssystem an der Saar.

Regierungsprämien für die Dokumentenfälscher.

Vor einigen Monaten erregten die Veröffentlichungen des Franzosenpiklers Kennell über seine Erfahrungen im Dienste der politischen Polizei des Herrn Rault und seine Enthüllungen über die Spitzelmethoden der Saarregierungskommission nicht nur im Saargebiet, sondern auch im übrigen Deutschland größtes Aufsehen. Man erfuhr aus diesen Veröffentlichungen, daß der oberste Polizeiverwalter des Saargebietes, der berühmte Franzose Adler im Auftrage seines Chefs, des Herrn Rault, Spitzel unterhielt die Dokumente systematisch fälschten um dem Völkerrundrat berichten zu können, daß im Saargebiet „Geheimbündelei mit dem Ziele gewaltsamer Umwälzungen“ getrieben würde. Der Erfolg dieser behördlich angeordneten Dokumentenfälschung war der Erlaß der bekannten Maulkorbverordnung gegen Presse und Bevölkerung, die unter Vorlegung der gefälschten Dokumente in Genf vom Völkerrundrat ihre Bestätigung erhielt.

Das Bekanntwerden dieser Fälschermethoden der saarländischen Regierungspolizei ließ keine Veränderung in der Leitung der politischen Polizei eintreten, dergestalt, daß Herr Adler „Krankheits halber“ auschied und Herr Rollin, die eigentlich vollziehende Instanz jener Fälscherclique, seine Tätigkeit ebenfalls einstellen mußte. Die Staatsanwaltschaft nahm die Veröffentlichungen zum Anlaß, um in eine Untersuchung in der ganzen Fälscheraffäre einzutreten. Man hörte jedoch von keinem Erfolg dieser Bemühungen, bis auf eine Anfrage im Landesrat mitgeteilt wurde, die Staatsanwaltschaft habe auf Veranlassung des Herrn Rault das Ermittlungsverfahren einstellen müssen, weil die Regierungskommission in der Betätigung der Herren Adler und Rollin kein schuldhaftes Vorgehen erblickte. An sich war diese Erklärung insofern nicht überraschend, als ja beide Herren im Auftrage des Herrn Rault handelten. Nun besteht zwar im deutschen Strafgesetzbuch eine Bestimmung, daß ein Beamter keine Anordnungen irgendeiner Instanz ausführen darf, wenn diese eine strafbare Handlung darstellt. Da aber weder Herr Rault noch seine Handlanger Adler und Rollin der Saarregierungscommission einen Treueid geleistet haben und somit den bestehenden Strafgesetzen im Saargebiet nicht unterworfen sind, so durfte eben der Staatsanwalt nichts mehr unternehmen. So wenigstens wollte es Herr Rault, obwohl diese Auffassung nach keiner Seite hin haltbar, die Betätigung einer solchen Auffassung vielmehr in jedem Rechtsstaat strafbar wäre!

Mit der Tatsache, daß Herr Rault eine strafbare Handlung seiner Beamten der staatsanwaltlichen Verfolgung entzog, mußte man sich schließlich im Saargebiet abfinden, weil dagegen ja nichts zu machen ist. Geradezu aber ungeheuerlich ist es, was die „Saarbrücker Zeitung“ mitteilt, nämlich, daß dem ehemaligen Direktor der obersten Polizeiverwaltung, Adler, und seinem ehemaligen Sekretär Rollin als Anerkennung für ihre Dokumentenfälschungen und Förderung der französischen Annexionspolitik bei ihrer kürzlich erfolgten Dienstenthebung

mit einer Abfindung von 55 000 bzw. 27 000 Franken belohnt

worden sind. Die „Saarbrücker Zeitung“ forderte die Regierungskommission auf, zu erklären, ob ihre Mitteilungen richtig seien oder nicht. Wir sind gewiß, daß die Regierungskommission die Antwort — vergessen wird.

Und dieser Mann, der die Korruption fördert und sie belohnt, wurde vom Völkerrundrat erneut beauftragt, die Geschäfte eines Präsidenten der Saarregierung im Namen des Völkerrundes zu führen. Wo ist der Mann, der diesem Skandal an der Saar, wie er im Namen des Völkerrundes getrieben wird, endlich ein Ende macht?

Die wiederholt erwähnten Kennell-Adler-Rollinschen Fälschermethoden werden im Saargebiet also weiterhin mit Unterstützung des französischen Propagandafonds fortgesetzt. Die von dem berühmten Franzosenbund herausgegebenen Schmierblätter veröffentlichten unter der Überschrift „Sonderbare Republikaner“ eine phantastische Erzählung, in der behauptet wurde, daß der Gewerkschaftsführer Hans Krah mit einer Reihe von namentlich aufgeführten Grubenbeamten zu Neunkirchen eine Kaiser-Geburtstagsfeier begangen habe, in welcher Krah eine Rede mit Verkettung der glorreichen Zeiten Kaiser Wilhelms II. und der Sehnsucht nach seiner Wiederkehr gehalten habe, ferner habe er den Reichspräsidenten Ebert herabgesetzt und Drohungen gegen die Beamten, die den Friedensvertrag anerkennen, vorgebracht und die Notwendigkeit eines Spitzeldienstes erörtert. Der also angegriffene Hans Krah erklärt in der „Saarbrücker Landeszeitung“, daß der ganze Bericht des erwähnten Schmierblattes von Anfang bis Ende vollständig erlogen ist. Er habe nirgendwo

seit Kriegsende eine Kaiser-Geburtstagsfeier mitgemacht und auch keine Rede gehalten. Die namentliche Aufführung von Grubenbeamten soll nur den Zweck verfolgen, diese bei der französischen Bergverwaltung unmöglich zu machen. Insbesondere sei ihm nie eingefallen, den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert herabzusetzen. Im übrigen kündigt Herr Krah an, daß den verantwortlichen Kreaturen des Franzosenblattes vor Gericht Gelegenheit gegeben werde, den Nachweis ihrer elenden Verleumdungen zu erbringen.

Bewunderlich sind solche Methoden selbstverständlich nicht, nachdem durch das Eingreifen der Regierungskommission in ein gerichtliches Verfahren gegen die Dokumentenfälscher derartige Fälscherstücke ausdrücklich für straffrei erklärt wurden. Man wird also in Zukunft noch öfter derartige Fälschungen und Verleumdungen in erhöhter Auflage erleben. Der Völkerrund hat ja Herrn Rault durch seine Wiederernennung die Möglichkeit und Gelegenheit gegeben, solche korrupten Zustände weiterhin zu fördern. Aber die Unverschämtheit und politische Unmoral dieser Leute, die im Dienste der französischen Annexionspolitik stehen, geht noch weiter. Das von dem französischen Putschmajor Richert im Jahre 1919 gegründete französische Propagandablatt in der Parallelschraube veröffentlichte Mitte des Monats eine angebliche Zuschrift aus Oberhausen, worin der Bürgermeister von Saarbrücken Dr. Keiles in nicht zu überbietender Weise angegriffen, verleumdet und verdächtigt wurde. Bürgermeister Dr. Keiles hat gegen dieses Schmierblatt den Klageweg beschritten, so daß hätte erwartet werden können, daß die verantwortlichen Drahtzieher ihre verdiente Strafe hätten bekommen müssen. Es stellt sich aber heraus, daß die Reiztheit des „Saarbrücker“-Schmierfinken Schötter noch größer ist als seine Judasgegnung. Denn die betreffende Nummer des Schmierblattes führte eine bis dahin nicht gekannte Persönlichkeit als „Verantwortlicher Redakteur“ auf, während Schötter sich von der Verantwortung dadurch drückte, daß er „bescheiden“ in den Hintergrund trat. Nunmehr ergibt sich, daß der vorgeschobene Strohmann kein anderer ist als der Mann, der in Saarbrücken, angetan mit der Mühe mit dem Blechschiff, in allen Lokalen versucht, den Schmutzkurier anzubringen. Die „Saarzeitung“ sagt hierzu: Das deutsche Volk besitzt doch wahrhaftig nicht viel Analphabeten; dieser Mann ist aber ein solcher. Höher geht die journalistische Unanständigkeit wohl nimmer; man muß den Atem anhalten, um sie in ihrer ganzen Größe zu erfassen und man muß dabei daran denken, daß derselbe auch moralisch so tief stehende Redakteur dieses französischen Propagandablattes seiner Zeit auch hiesige Mitbürger angriff. Derjenige Saarlouiser Mitbürger, der sich damals mit diesem Redakteur des „Saarkuriers“ dieserhalb in Verbindung gesetzt hatte, darf stolz sein auf seine Tat, solange er lebt!

Jedenfalls dürften das auch wohl Anzeichen dafür sein, daß dies französische Propagandablatt aus dem letzten Loch pfeift. Wundern wird es uns jedenfalls nicht, wenn das Erscheinen demnächst eingestellt wird wegen Mangel an Lesern.

*

Der Spitzelapparat der französischen Grubenverwaltung.

Schon wiederholt ist in der Presse darauf hingewiesen worden, wie die französische Bergverwaltung für eine gerechte Entlohnung ihrer Arbeiter und Angestellten angeblich keine Mittel zur Verfügung hat, aber für Zwecke, die mit ihrem Recht zur Ausbeutung der Saargruben nicht das allergeringste zu tun haben, Geld in Hülle und Fülle auswirft. Besonders trifft dies auf den riesigen sogenannten Kontrollapparat zu, den die Administration auf den Gruben eingerichtet hat. Die Wächter auf den Gruben unterstehen auf den einzelnen Inspektionen noch einem besonderen Chef-Garde (Oberkontrollleur), welcher ihnen die Direktiven für ihre Arbeit erteilt. Daß diese große Anzahl von Wächtern nicht für die eigentlichen Gruben Zwecke gebraucht werden, dürfte bald allgemein bekannt sein. Nicht so sehr bekannt ist aber, daß dieser Apparat als weitverzweigter Spitzelapparat Verwendung findet. An Hand von Fragebogen, die zu diesem Zwecke besonders hergestellt sind, wird von jedem Ort Zahl und Name der Vereine, Ort und Zeit ihrer Versammlungen, politische und religiöse Einstellung der einzelnen Vorstandsmitglieder sowie die zeitl. Verbindungen mit deutschen Zentralen festgestellt. In den Fragebogen sind Auskünfte eingefordert von allen kirchlichen, wirtschaftlichen, sportlichen und geselligen Organisationen und Vereinen. Von jeder Versammlung müssen die Spitzel berichten über die Tagesordnung, Besuch, Ausführungen der Redner und Gesamteindruck. Handelt es sich bei den Vorständen oder Rednern um Personal der Grubenverwaltung, so muß der Beschäftigungsort genau angegeben werden. Von diesem großen Interesse der französischen Bergverwaltung bleiben selbst die Pfeifen- und

Regelclubs nicht ausgenommen, wie ein vorstehender Fragebogen beweist. Wahrscheinlich sind dies die „Geheimorganisationen“, die Veranlassung zur Notverordnung gaben.

Dies ist um so eher möglich, als Tatsachen bekannt sind, daß dieser Grubenkontrolldienst in enger Verbindung mit der Obersten Polizeiverwaltung, besonders mit dem berühmten Herrn Kollin, stand. Dafür nur ein Beweis. Ein Grubenwächter der Grube Göttsborn, dem der Mißbrauch zu politischen Spitzeldiensten zuwider wurde, meldete sich zum Landjägerdienst. Er besuchte die Schule mit Erfolg, und es wurde ihm mitgeteilt, daß er „vorgemerkt“ sei und seine Einberufung später erfolgen würde. Später erhielt er dann zu seiner Ueberraschung einen gänzlich ablehnenden Bescheid, den Herr Kollin ihm gegenüber damit begründete, er sei nach Aussage des Chef-Garde der Grube Göttsborn unzuverlässig. Daß aber auch die Kollinschen Methoden im französischen Grubenkontrolldienst würdige Nachahmung gefunden haben, zeigt folgender skandalöser Vorgang: Für Berginspektion II Louisenthal führte bis Ende v. J. der Schichtmeister Ruthemann, ein ehrlicher, aufrechter Beamter, die Geschäfte der Kaffeelücke und des Angestelltenvereins zur vollsten Zufriedenheit der gesamten Belegschaft. Auch die französische Behörde war anfänglich mit ihm zufrieden, bis nach Weggang des früheren Leiters der Inspektion, der wegen seiner lauterer Gesinnung allgemein geachtet wurde, unter dem neuen Leiter Richer aus der Redener Cde ein anderer Kurs eingeschlagen wurde. Es folgten Bedrückungen, Bespitzelungen und Vorwürfe wegen „nationalistischer Tendenzen“ ein, als Herr Ruthemann sich weigerte, französische Lebensmittel und Genußartikel einzuführen. Da man einem Franzosen die Kaffeelückenverwaltung übertragen und gleichzeitig Herrn R. verdächtigen wollte, mußte bei der Uebertragung der Geschäfte an den Franzosen Ruthemann der Unehrlichkeit, wenn nicht der Unterschlagung, bezichtigt werden. Zu diesem Zwecke unternahm der Chef-Garde in dem gemeinsamen Lagerraum der Kaffeelücke und des Angestelltenkasinos einen Einbruch und stahl 32 Kisten Zigarren (1600 Stück), die Herrn Ruthemann bei der Uebergabe fehlen sollten. Bei der offiziellen Uebergabe erklärte dann der Inspektionschef, daß die Geschäftsführung nicht so einwandfrei gewesen sei, denn in dem von Ruthemann angeblich ohne Fehlbetrag

übergebenen Bestand würden 1600 Zigarren fehlen. Als das von letzterem energisch bestritten wurde, ließ der Prinzipal den Chef-Garde telephonisch herbeirufen, wobei sich dann herausstellte, daß der Chef-Garde selbst die Zigarren gestohlen, aber das Malheur hatte, sie anstatt aus dem Kaffeelückenlager aus dem Angestelltenlager entwendet zu haben. So kam der dunkle Plan, würdig der Kollinschen Polizeimethoden, ans Tageslicht. Um die Verschlung eines deutschen Beamten künstlich zu schaffen, ist also der oberste Hüter der Ordnung, Cappel, der Berginspektion II, wie man nachweisen zu können glaubt, mit Zustimmung eines in maßgebender beamteter Stellung befindlichen Franzosen mittels einer angestellten Leiter in den Lagerraum eingebrochen und hat dem Angestelltenverein 1600 Zigarren gestohlen. Daß dadurch einem deutschen Beamten, der über ein Menschenalter seiner jeweiligen Verwaltung treu gedient, der ehrliche Name geraubt werden soll, scheint mit der Moral dieser Herren sehr gut vereinbar zu sein.

Die richtige Quittung haben dann auch die deutschen Angestellten der Grube Louisenthal in der folgenden Generalversammlung des von der französischen Verwaltung protegierten Angestelltenvereins gegeben. Gegen die Stimmen der Herren Ingenieure und einiger ihrer Saarbundsanhänger wurde mit Zweidrittelmehrheit die Auflösung des Angestelltenvereins beschlossen, obschon der Chef als Vorsitzender sich mit allen Mitteln gegen die Auflösung wehrte. Es kann nur gebilligt werden, daß ehrliche deutsche Angestellte außerdienstlich nichts mehr mit Anhängern derartiger Verwaltungspraxis zu tun haben wollen. Der Beschluß verdient auch um so mehr Anerkennung, als nach dem Zusammenbruch sämtlicher Angestelltenvereine des Saarbundes und des Saarzentralverbandes diese Angestelltenvereine oder Beamtenkasinos sich einer sehr auffälligen Fürsorge der leitenden französischen Ingenieure erfreuen und man allem Anschein nach in diesen Vereinen einen Ersatz für die fortgeschwommenen Saarbundsfelle schaffen will. Bedauerlich ist es, daß ein deutscher Obersteiger nach dem verdienten Zusammenbruch des Angestelltenkasinos auf dem Dienstwege im Auftrage der französischen Ingenieure mit allen Mitteln für eine Neugründung arbeitet. (Neunk. Volksztg.)

Eine Arbeitskammer für das Saargebiet.

Versprechen und halten!

*** Saarbrücken.

Die Regierungskommission bemüht sich krampfhaft und zu ihrer Ehre sei es gesagt, nicht ungeschickt, alle Verwaltungs- und gesetzgeberischen Maßnahmen so einzustellen, daß die verschiedenen politischen Parteien und die Berufsstände sich untereinander bekämpfen und gegenseitig anklagen, ohne daß sie in ihrer Verblendung merken, daß der eigentliche Schuldige die Regierungskommission ist. Das gelang ihr bei der Neuordnung des Wohnungswesens, des Steuerwesens, der Umstellung der Sozialversicherung auf den Franken und jetzt meisterhaft bei der angekündigten Schaffung einer Arbeitskammer für das Saargebiet.

Bei der Beerdigung der Opfer einer Explosionkatastrophe 1921 in Saarwellingen kündigte der Präsident der Regierungskommission die Schaffung einer Arbeitskammer für das Saargebiet an. Als die Einführung des Versprechens etwas lange auf sich warten ließ, fragten Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes nach den Gründen für die Nichterfüllung des Versprechens. Der Präsident teilte entschuldigend mit, daß dafür nicht er, sondern die freie Gewerkschaftsrichtung schuld sei, denn diese würde nicht die Schaffung einer paritätischen Arbeitskammer, wie das die christlichen Gewerkschaften verlangen, sondern eine reine Arbeiterkammer wünschen. Die Folge war natürlich eine Auseinandersetzung in der breiten Öffentlichkeit, die sich sogar in die Gemeindevvertretungen fortplante.

Als dieser Streit beendet war, aber die Arbeitskammer vergeblich suchte, tauchte die Frage der Eingliederung des Saargebiets in die J. A. D. (Internationale Arbeitsorganisation) auf. Da das Recht der Gesetzgebung für das Saargebiet auf die Regierungskommission überging, diese aber davon zugunsten der Arbeitnehmer keinen Gebrauch macht, war es verständlich, daß die Vertreter der Arbeitnehmerverbände versuchten, über die J. A. D. Einfluß auf den Völkerbundsrat und die Regierungskommission zu erhalten.

Entsprechende Schritte wurden willkommen begrüßt, aber es wurde eingewandt, daß das Saargebiet kein selbständiger Staat sei und daher keine Vertretung in der J. A. D. haben könnte. Diese müsse erst geschaffen werden. Die Vertreter Frankreichs im Saargebiet und in der J. A. D. seien gerne bereit, die Arbeitnehmer des Saargebiets in diesem Verlangen zu unterstützen. Und wirklich wären beinahe sehr maßgebende Personen aus allen gewerkschaftlichen Lagern auf diesen Reim ge-

trochen. Die diesen Plan befürwortenden französischen Vertreter wollten mit diesem Vorschlag einen Vorwand haben, um die von ihnen auf allen Gebieten erstrebte Vervollständigung des Saargebietes als etwas von der Bevölkerung Verlangtes hinzustellen.

Es bedurfte der Energie der politisch geschulten Führer, diesen Plan zu hintertreiben und auf eine selbständige Vertretung des Saargebietes in der J. A. D. zu verzichten. Die gleichen Führer wiesen dann auch den Weg zu einer entsprechenden Vertretung in der J. A. D. über die deutschen Gewerkschaften.

Leider waren die Spitzen der deutschen Zentralgewerkschaften in den letzten Jahren durch die großen innen- und außenpolitischen Probleme von einer intensiven Beobachtung der Saargebietsverhältnisse abgelenkt. Der unter allen Umständen aufrecht zu erhaltende zentralistische Gedanke der deutschen Gewerkschaften einschließlich der des Saargebietes und der einer angemessenen Vertretung der Gewerkschaftsteile im Saargebiet in der J. A. D. erheischt gebieterisch, eine den Saargebietsverhältnissen gerecht werdende Vertretung. Das erfordert auch das deutsche Interesse.

Auf Anregung der Vertreter der deutschen Gewerkschaften im Saargebiet nahmen sich die Vertreter der Arbeitnehmer in der J. A. D. der Saargebietsfragen, besonders der Prüfung der Frage, inwieweit die von der J. A. D. gefassten Beschlüsse und Uebereinkommen auf das Saargebiet Anwendung finden sollen, an.

Die Regierungskommission des Saargebiets ist nach dem Versailler Vertrag verpflichtet, die im Teil 13 desselben niedergelegten Grundsätze zu berücksichtigen. Dieselbe Verpflichtung hat sie vertraglich gegenüber den von der J. A. D. gefassten Beschlüssen. Desgleichen soll die Regierungskommission bei Festlegung der Arbeitsbedingungen und Arbeitsstunden für Männer, Frauen und Kinder die Wünsche der örtlichen Arbeiterorganisationen berücksichtigen. Seit Antritt der Verwaltung des Saargebiets wurden, aber die zahlreichen Eingaben der Gewerkschaften und der Arbeiterverbände meistens nicht einmal einer Antwort gewürdigt, geschweige denn berücksichtigt. Die Grundsätze des Teil 13 über die Arbeit wurden in der Weise beachtet, daß das vertraglich garantierte Koalitionsrecht in sein Gegenteil verkehrt und der alte vertraglich garantierte Rechtszustand heute noch nicht wiederhergestellt ist.

Die Behandlung der Notverordnung vom 7. März 1923 in der innerdeutschen und Auslandsprelle sowie vor dem Völkerratsrat lenkte die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf die politische Entrechtung und Anebelung des Saarpvolkes durch die Vertreterin des Völkerrates. Diesen Anlaß benutzten die Vertreter der Gewerkschaften, die J. A. D. auf die sozialen Verhältnisse im Saargebiet aufmerksam zu machen. Auf Veranlassung der Arbeitnehmer in der J. A. D. wurde das Bureau des J. A. A. (Internationale Arbeitsamt) mit der Unterbreitung von Vorschlägen betreffend der Einführung der von der J. A. D. angenommenen Grundsätze und Uebertommensentwürfe im Saargebiet beauftragt.

Diese Anregung führte zu Verhandlungen zwischen dem J. A. A. und der Regierungskommission des Saargebietes, die in dem Beschluß endeten, daß für das Saargebiet eine Arbeitskammer zu errichten sei, deren Aufgabe es u. a. wäre, die von der J. A. D. angenommenen Uebereinkommen auf ihre Anwendung im Saargebiet zu prüfen und dazu entsprechende Gutachten abzugeben.

Bei gutem Willen, das von der J. A. D. auch für das Saargebiet Brauchbare zu übernehmen, hätte es der Schaffung einer dritten „Begutachtungskammer“ nicht bedurft. Die im Saargebiet bestehenden Arbeitsgemeinschaften der Arbeitgeber und Arbeitnehmer konnten zu jeder Zeit ein gewünschtes Gutachten abgeben. Aber wenn etwas neues geschaffen werden soll, darf der Versuch, das Saarpvolk gegeneinander aufzubringen, nicht unterbleiben.

So ließ die Regierungskommission den Entwurf für eine Arbeitskammer den verschiedenen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen, der Handelskammer und der Handwerkskammer zur gutachtlichen Äußerung zugehen. Das geschah aber nicht, um die Ansichten derselben für eine etwaige Verbesserung eines neuen Entwurfs zu erlangen, sondern um die verschiedenen Ansichten der Interessenten zu vernahmen und sie gegeneinander auszuspielen zu lassen.

So legte sie dem Landesrat ihren ursprünglichen Entwurf einer Arbeitskammer zur Begutachtung vor und fügte der Begründung desselben die verschiedenen Ansichten der gehörten Vertretungen mit folgendem Begleitwort bei:

„Es soll hier nur kurz erwähnt werden, daß die Arbeitgeber fast ausnahmslos sich gegen die Errichtung einer Arbeitskammer als paritätische Vertretung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausgesprochen haben. Lediglich der französische Staat als Besitzer der Saargruben... halten die Errichtung einer Arbeitskammer...“

Daß Deutschen und auch vielen Vertretern der Arbeitgeber das politische Fingerpiengedöhl in der Behandlung sozialer und wirtschaftlicher Fragen gegenüber den Franzosen abgeht, ist leider nicht zu bestreiten. So war auch die Haltung des Arbeitgeberverbandes und der Handelskammer für das Saargebiet politisch unklug, denn er mußte wissen, daß die von ihr gegebene Antwort in diesem Sinne sehr erwünscht war.

Was aber unverständlich ist, daß sonst sehr ernst zu nehmende Politiker die zustimmende Absicht der französischen Bergverwaltung und der Regierungskommission zur Arbeitskammer nicht genügend durchschauten. Die französische Bergverwaltung konnte im voraus der Errichtung einer Arbeitskammer zustimmen, denn nach dem Saarstatut darf keine Aenderung der für den Bergbau geltenden gesetzlichen Bestimmungen ohne Befragung des französischen Staates vorgenommen werden.

Diese vorherige Befragung wird aber von der gegenwärtigen Regierungskommission als eine notwendige Zustimmung der französischen Regierung zu einem Gesetz ausgelegt. So lehnte die französische Bergverwaltung für ihren Betrieb sogar die Zuständigkeit des aus dem Hilfsdienstgesetze übernommenen harmlosen Schlichtungsausschusses ab.

Vom deutschen Interesse aus ist daher nicht nur die Haltung der Handelskammer und der Arbeitgeber, sondern auch die eines Redners im Landesrat zu bedauern, der sich zu der Behauptung verstieg, daß die deutschen Arbeitgeber noch schlechter oder reaktionärer seien, als die französischen Arbeitgeber. Man sollte aus Erfahrung wissen, wie solche Äußerungen genau registriert werden und bei Gelegenheit zum Schaden der Arbeitnehmer selbst ausgelegt werden. Es kann dieser Entgleisung gegenüber, denn als solche ist sie aufzufassen, darauf hingewiesen werden, daß ein Vertreter der kommunistischen Partei vor nicht langer Zeit im gleichen Landesrat erklärte, daß die Verhältnisse unter der französischen Bergverwaltung noch zehnmal schlechter seien, als sie es unter deutscher Verwaltung gewesen seien.

Den besten Beweis für die verschlechterte Lage der Bergarbeiter unter der neuen Verwaltung liefern denn doch die Rentenempfänger aller Art aus dem Bergbau. Es gab Zeiten, in denen die Einnahmen des Saarbrücker Knappschaftsvereins höher waren, als die aus den Gruben erzielten Uberschüsse. Bereits vor der Schaffung der reichsgesetz-

lichen Versicherungsgesetzgebung erreichte die Pension eines Saarbergmannes bei 30 Dienstjahren $\frac{1}{2}$ des Hauerlohnes. In dem letzten Vorkriegsjahr betrugen bei gleicher Dienstzeit Knappschaftspension und Reichsinvalidentrente zusammen etwa die Hälfte des durchschnittlichen Hauerlohnes. Und jetzt?

Trotzdem die Kohlenpreise diejenigen der Vorkriegszeit noch um etwa die Hälfte übersteigen, die Löhne der Bergarbeiter bei mindestens gleicher Stundenleistung, wie in der Vorkriegszeit nicht über dem Friedenssatz stehen und jede Lohn-erhöhung durch das Sinken des Frankens überholt ist, bevor sie zur Auszahlung kommt, erreichen die knappschaftlichen Bezüge und die Unfallrenten der Saarbergarbeiter noch nicht die Hälfte derjenigen der Vorkriegszeit. Not und Entbehrungen, wie seit Jahrzehnten nicht mehr, sind die ständigen Begleiter der Saarbergarbeiter, ob invalide oder noch aktiv.

Auf den Entwurf der Arbeitskammervorlage selbst werden wir zurückkommen, sobald er im Gesetzestext vorliegt. Wir befürchten, daß er nur bei den „Saarseparatisten“ Freude auslösen wird, indem er ihnen das bringt, was sie bisher nicht erreichten, nämlich die Eingliederung in die Arbeitsgemeinschaften. *

Der Landesrat zu dem Regierungsentwurf.

Dem Landesrat lag für seine Sitzung vom 16. März der Regierungsentwurf der Saarregierungskommission zur Errichtung einer Arbeitskammer für das Saargebiet vor. Das Hauptreferat hielt hierzu der Zentrumsabgeordnete Kiefer. Er führte u. a. aus, daß man an diesem bedeutungsvollen sozialpolitischen Entwurf auch bei objektiver Würdigung keine Freude finden könne. Die gehörten Arbeitnehmerorganisationen hätten unter Geltendmachung gewisser Abänderungsanträge dem Entwurf zwar grundsätzlich zugestimmt, desgleichen der Handwerkerbund und die Handelskammer, beziehungsweise auch die französische Regierung, als Arbeitgeber für den Saarbergbau. Bei der Zustimmung der französischen Regierung handele es sich aber offenbar nicht um eine grundsätzliche Aenderung ihrer Anschauungen in sozialpolitischer und arbeitsrechtlicher Beziehung, vielmehr ging sie offenbar von der Erwägung aus, daß die Arbeitskammer, wie sie die Regierung zu errichten gedenkt, den Bergbau und dem französischen Staat als Besitzer desselben nicht gefährlich werden wird. Möglich ist auch, daß die französische Regierung einen taktischen Schachzug inszenierte, der Errichtung gerade aus dem Grunde zuzustimmen, weil die deutsche Handelskammer des Saargebietes es für gut befand, ein ablehnendes Gutachten abzugeben. Diese Stellungnahme der Handelskammer ist psychologisch sehr zu bedauern. Dem französischen Staat dürfte nicht das billige Vergütungen gemacht werden, seinerseits zuzustimmen und sich so auf leichte Weise mit einem gewissen sozialen Schimmer zu umgeben. Wertwürdigerweise hat die Regierungskommission die abgegebenen zustimmenden Gutachten nebst den gestellten Anträgen der gehörten wirtschaftlichen Organisationen in dem uns vorgelegten Entwurf in keiner Weise berücksichtigt. Das dürfte doch erwartet werden. Der Errichtung einer Arbeitskammer stimmen wir grundsätzlich zu. Wir erblicken in einer paritätischen Arbeitskammer den Ausdruck der im wirtschaftlichen Leben bitter notwendigen Gleichberechtigung. Eine richtige Arbeitskammer bietet mit die Grundlage zum Aufbau einer wirklichen Wirtschaftsdemokratie. Eine richtige paritätische Arbeitskammer müßte aber ein Verwaltungskörper mit bestimmten obrigkeitlichen Befugnissen sein. Diesem Selbstverwaltungskörper müßte die Regelung bestimmter sozialpolitischer arbeitsrechtlicher Fragen usw. vorbehalten sein. Leider ist bei der gegenwärtigen sozialen Gesamtsituation wie auch bei der Lage der Verhältnisse im Saargebiet an die Errichtung einer solchen idealen Arbeitskammer nicht zu denken. Es muß der weiteren Entwicklung vorbehalten bleiben, nachdem einmal die Grundlage geschaffen ist, es dahin zu bringen. Wir stimmen grundsätzlich der Errichtung einer Arbeitskammer auch deswegen zu, weil sie seit Jahren von der der Zentrumsparlei angehörenden Arbeiterschaft gefordert wird, dann aber auch, weil gerade die Arbeitskammer im Gegensatz zur reinen Arbeiterkammer dem von uns als richtig anerkannten Gedanken der wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft entspricht. Das hindert uns aber nicht, den Regierungsentwurf kritisch unter die Lupe zu nehmen und zu betonen, daß es uns lieber gewesen wäre, wenn die Regierungskommission zuerst uns einen Entwurf vorgelegt hätte, der den Landesrat zu einer wirklich beschlußfassenden parlamentarischen Körperschaft ausbaut. Erst dann hätte die Errichtung einer Arbeitskammer erfolgen können, weil dann auch andere Voraussetzungen zur Respektierung der von ihr abgegebenen Gutachten wären. So haben wir demnächst den Zustand zu verzeichnen, daß drei begutachtende Körperschaften bestehen, der Landesrat, der ziemlich sagenhaft gewordene Studienauschuß und die Arbeitskammer. Alle drei Körperschaften unterbreiten der Regierungskommission Gutachten, an deren Respektierung sie nicht gebunden ist.

Um nun dem Gutachten der Arbeitskammer die notwendige Beachtung zu verschaffen, müssen wir mit unserer Zustimmung die Forderung verbinden, daß der Landesrat bald zu einer beschlußfassenden Körperschaft ausgebaut wird. Der Entwurf der Regierungskommission ist nun derart, daß die Landesratskommission sich veranlaßt gesehen hat, einen verbesserten Entwurf auszuarbeiten. Im Gegensatz zum Regierungsentwurf steht dieser Entwurf auch die Einbeziehung der Angestellten in die paritätische Arbeitskammer vor. Es geht nicht an, die Angestellten von dieser Körperschaft auszuschließen. Der Entwurf der Regierungskommission enthält weiter viele Bestimmungen, denen wir unter keinen Umständen zustimmen können. Wenn man diese Bestimmungen genau prüft, kann man sich des Gedankens nicht erwehren, als ob gerade das Gegenteil von dem, was eine Arbeitskammer sein soll, hier Wirklichkeit werden sollte. Insbesondere halten wir die Streichung des Artikels 4 des Entwurfs, der „jede Erörterung politischer Natur“ der Arbeitskammer untersagt, für geboten. Warum diese heidenmähliche Angst? Auch der Artikel 6, nach dem Mitglieder der Kammer „Geschäftsführer oder Angestellte einer Berufsorganisation werden können, deren Sitz sich im Saargebiet befindet“, ist zu beanstanden. Eine klare Auslegung liegt hier noch nicht vor. Das Saargebiet ist kein selbstständiger Staat. Die Berufsorganisationen, also die Gewerkschaften von Bedeutung, sind keine Saargebietsorganisationen, sondern Glieder der deutschen Zentralgewerkschaften. Diese haben nicht ihren Sitz im Saargebiet, sondern in Deutschland. Sollte die Regierungskommission mit „ihrem Sitz im Saargebiet“ die vorübergehenden bedeutungslosen Gebilde meinen, die von der Arbeitnehmerschaft mit der Bezeichnung „Gesetzgefen“ gekennzeichnet sind, um diesen durch die Arbeitskammer ein gewisses Relief zu geben, dann sei ihr gesagt, daß sie die Arbeitskammer sehr gefährdet, wenn sie bei der Verabschiedung des Gesetzes entsprechend handelt. Unerträglich ist auch, daß die Regierungskommission allein die Verteilung der Sitze auf Industriezweige und innerhalb der Industrie vornehmen will, ebenso die weitere Bestimmung, wonach die einzelnen Organisationen gehalten sein sollen, gemäß der auf sie entfallenden Anzahl der Sitze die dreifache Zahl der ordentlichen Mitglieder und deren Stellvertreter der Regierungskommission einzureichen, die dann aus diesen Listen die ihr Zulagenden auswählen will usw. Zum Schluß sei der Regierungskommission noch einmal gesagt, daß es nicht mehr länger tragbar ist, daß die Gutachten des Landesrats latisschänzig mißachtet werden.

In der Besprechung erhob zunächst der sozialdemokratische Abgeordnete Hoffmann die Frage, was die Regierungskommission während ihrer fünfjährigen Tätigkeit bis jetzt zur Verbesserung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse und zur Ausgestaltung eines allgemeinen Arbeitsrechts getan habe. Schon im Jahre 1921 habe der Präsident der Regierungskommission am Grabe der Opfer von Saarwellingen die Errichtung einer Arbeitskammer versprochen, doch sei dieses Versprechen bis jetzt nicht eingelöst worden. Sonst sei in der ganzen Frage bisher nicht das geringste unternommen worden. Ihre ganze fünfjährige Tätigkeit steht den in der Begründung zur Vorlage gemachten Ausführungen und dem Teil 13 des Friedensvertrages von Versailles diametral gegenüber. Der Arbeitskammer fällt im Verein mit dem Landesrat die Aufgabe zu, alles zu versuchen, damit es im Landesrat endlich anders wird. Bis jetzt hat die Regierungskommission verlangt. Die neue Zusammenfassung der Regierung und der neue Kurs in Frankreich bringen es jedoch mit sich, daß man erwarten darf, daß jetzt etwas Durchgreifendes in die Wege geleitet wird. Zur Vorlage selbst erklärte der Abgeordnete Hoffmann, daß seine Partei dem Kommissionsentwurf zustimme. Vor allen Dingen fordere seine Partei auch, daß die Organisationen ihre Vertreter selbst bestimmen. Für die Zusammenfassung der Arbeitskammer müßten die Grundsätze maßgebend sein, wie sie für die Zusammenfassung der internationalen Arbeiterorganisationen maßgebend sind. Er stellte zum Schluß die in einem Gutachten seiner Partei aufgestellten sozialpolitischen Forderungen fest.

Dr. v. Popellus (Deutsch-Saarländische Partei) erklärte sich mit den Kritiken der Abgeordneten Klefer und Hoffmann an dem Entwurf einverstanden. Mit dem Arbeitskammergesetz mit den von der Kommission vorgenommenen Änderungen sei er einverstanden. Es sei nicht nur im Saargebiet, sondern auch in der ganzen Welt nötig, daß eine Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in weit größerem Umfange Platz greife, als wie es heute der Fall sei. Er habe dieser Verständigung immer das Wort geredet. In außerordentlich vielen Fällen fehle aber der Arbeitnehmerschaft das wirtschaftliche Verständnis. Das würde sich ändern, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich paritätisch zusammensetzen würden, um gegenseitig für ihre Lage Verständnis zu finden. Die Vorlage der Regierungskommission genüge in keiner Weise, da sie sich ganz einseitig auf die Belange der Arbeitnehmer erstreckte. Mit dem Kommissionsentwurf könne er sich mit einer kleinen Einschränkung einverstanden erklären.

Der Kommissionsentwurf wurde hierauf mit wechselnden Mehrheiten bei den einzelnen Anträgen angenommen.

Kleine politische Umschau.

Die französische Schule in Heiligenwald bildet das Vortragsthema einer Katholikenversammlung in Heiligenwald. Pastor Becker wies darauf hin, daß dem Deutschen Reich das ganze Herz, ihr ganzes Sinnen und Fühlen der Saargebietsbevölkerung trotz der künstlichen Grenzen gehöre. „Mit allen Fasern unseres Herzens fühlen wir uns mit ihm zu einer Volks- und Schicksalsgemeinschaft verbunden. Fremdherrschaft und wirtschaftliche Not schlingt ein einigendes Band um die deutschen Brüder in Ost und West. Die französische Schule, die sich in Heiligenwald so fest eingenistet hatte, ist durch die zielbewusste Arbeit der Zentrumsparlei auf den Aussterbeetat geraten. Wir wollen das Nötige dazu beitragen, daß sie ganz aus unserer Gemeinde verschwindet. Wir wissen, wie Millionen deutscher Brüder auf uns schauen und beobachten, wie sich die Bevölkerung zu der deutschen Schule und zur Abwehr der französischen Schule stellt. Wir müssen uns besinnen auf unsere deutsche Kultur und uns hüten, daß wir irgendwie den französischen Bestrebungen unsere Unterstützung leihen. Während des mehr als zweijährigen Bestehens der französischen Schule in Heiligenwald haben wir Erfahrungen gesammelt, die uns überzeugt haben, daß wir diese Schule aus religiösen und politischen Motiven unbedingt ablehnen müssen. Daran ändert auch nichts der Umstand, daß die wenigen Stunden Katechismusunterricht von uns Geistlichen erteilt werden. Ich habe mir die französischen Schulbücher vorlegen lassen und kein Buch gefunden, in dem das Wort „Gott“ zu finden ist. Es sind das alles Bücher, die in der französischen Patenschule in Frankreich gebraucht werden. Der Bibelunterricht liegt durchweg in schlechten Händen. Ein luxemburgischer Lehrer, der in einem interkonfessionellen Seminar vorgebildet wurde, hat erklärt, daß er am Bibelunterricht nicht teilnehmen könne. Von methodisch erteiltem Unterricht kann also keine Rede sein. Und dann redet man immer von einer konfessionell eingerichteten Schule. Anfänglich wurde in der katholischen Schule nicht gebetet und ich bin nur sehr ungern an die Schule gegangen. Auch fehlten die Kreuzfahnen, die doch das Wahrzeichen einer katholischen Schule sind. Der Vater der hiesigen französischen Schule, Direktor Massing-Neden, hat anfänglich allerhand Schwierigkeiten gemacht und wußte eigentlich nicht, wie er sich zu dieser katholischen Forderung stellen sollte. Auf der anderen Seite aber mußte er gute Miene zum bösen Spiel machen und hat nach langem Hangen und Bangen den Wünschen Rechnung getragen, um damit den gutmütigen Sand in die Augen zu streuen. In einer Unterredung mit dem Inspektor dieser Schule wies ich wiederholt auf die Schulverhältnisse in Lothringen hin und sprach die Befürchtung aus, daß es den französischen Schulen im Saargebiet über kurz oder lang ähnlich ergehen werde. Er beteuerte als guter Lothringer immer wieder das Gegenteil und wollte auf das Bestimmteste wissen, daß es in Lothringen mit der Schule nicht soweit wie in Frankreich kommen werde. Schauen wir heute ins Elsaß, wo der von den Bischöfen gut geheißene Schulstreik einsehen soll. Daß es dort so weit gekommen ist, zeigt, daß Frankreich alte verbrieelte Rechte nicht achtet und sein gegebenes Wort bricht. Wer bürgt uns dafür, daß es bei uns nicht auch so weit kommen wird, trotz der vielen schönen Versprechungen, die man uns macht. Wir sind also gewarnt. Darum muß die Parole lauten:

„Heraus aus der französischen Schule an Ostern!“

Der ganze Verlauf der imposanten Versammlung zeigte, daß die Katholiken von Heiligenwald auf dem besten Wege sind, wieder die früheren Schulverhältnisse herbeizuführen — trotz und alledem.

„Popolo Romano“ schreibt: Die Erklärung Herriots im Senat, daß der französische Geschäftsträger beim Vatikan die Gesandtschaft für Elsaß-Lothringen und das Saargebiet wahrzunehmen habe, hätte Staunen erregt, weil Herriot allem Anschein nach nicht wisse, daß das Saargebiet unter der Jurisdiktion des Trierer Bischofs stehe und daher in den Rahmen der deutschen katholischen Hierarchy hineingehöre. Schon früher einmal habe Herriot von einem Saarbischöf gesprochen. Ein solcher existiere aber nur in der Phantasie Herriots. In Rom seien bisher alle Versuche Frankreichs, wie zuletzt auch durch den General Castelnau, mittels kirchlicher Einrichtung die Saarfrage in einem Deutschland schädigenden Sinne zu lösen, fehlgeschlagen. Die päpstliche Diplomatie wisse darauf hin, daß das Saargebiet noch zum Reich gehöre, und sie denke nicht daran, aus diesem Gebiete nach dem Wunsche Frankreichs ein zweites Elsaß-Lothringen zu machen.

Am 5. März abends ungefähr gegen 6 Uhr ergriffen französische Zollbeamte den Maurer J. R. von Heim bach, nachdem sie vorher flüchtig dem Alkohol zugesprochen hatten, und fordernten ihn auf, mit ins Zollhaus zu gehen. Hier angekommen, stießen sie über ihn her und mißhandelten ihn durch Schläge und Tritte, so daß er

Blutüberströmt das Gebäude verließ und sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Am andern Tage als die Franzosen nüchtern geworden waren, suchten sie den R. auf der Baustelle auf mit der Erklärung, man möge doch schweigen, sie seien ja betrunken gewesen. Dem Betroffenen, der verheiratet und Familienvater ist, gab man, wie die „Saarbr. Landesztg.“ mitteilt, am ersten Tage 300 und am anderen Tage 100 Franken Schweigegeld. Auch erklärten sich die „Helden“ bereit, dem R., der seither arbeitsunfähig ist, allen Schaden zu ersetzen. R. wird von der Behörde als ruhiger, braver Mann geschildert, der durchaus keinen Anlaß zu den Mißhandlungen gegeben habe; dies haben auch die Herren Franzosen ruhig eingestanden. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat die Polizei sich der Sache angenommen und Anzeige erstattet. Es ist aber auch unbedingt notwendig, daß hier einmal energisch eingeschritten wird, da sich sonst die Fälle mehren. Wir sind doch hier in einem kultivierten Lande. Oder sollte dies anders sein?

Kleine Tageschronik.

Saarbrücken. Wie die „Saarbrücker Zeitung“ mitteilt, trägt man sich an zuständiger Stelle mit Plänen zum Ausbau des Straßenbahnnetzes im Kreise Saarbrücken. Es werden Untersuchungen angestellt über die Fortführung der Linie von Friedrichsthal nach Bilsdorf, von da nach Holz, Göttersborn, Dilsburg usw. Da diese Orte vom allgemeinen Verkehr ziemlich abseits liegen, aber eine ziemlich starke Bevölkerung aufweisen, kann man es nur begrüßen, wenn die zuständige Verwaltung, das ist wohl der Landkreis Saarbrücken, alles einseht, Bahnverbindungen zu schaffen, um die in Betracht kommenden Orte dem weiteren Verkehr anzuschließen. — Die Saarbrücker Stadtverordneten beschlossen in ihrer Sitzung vom 24. März, die bisherige Sulzbachstraße nach dem verstorbenen Reichspräsidenten „Friedrich-Ebert-Straße“ zu benennen. Der Beschluß wurde gegen die Stimmen der Hausbesitzer (Schmoll), und der Kommunisten gefaßt.

Tholey. Aus der franz. Fremdenlegion zurückgekehrt ist ein noch junger Mensch von hier. Spuren schwerer Strapazen zeichnen seine Vergangenheit. Aus dem so frischen und munteren Burschen wurde ein gebrochener Mensch. Möge er anderen zur Warnung und zum abschreckenden Beispiel dienen. Die Saarregierung aber weiß nichts davon, daß sich im Saargebiet französische Werbebureaus für die Fremdenlegion befinden!

Saarlouis. In der Direktion des Organs der Westpropaganda des „Saarlouiser Journal“, ist über Nacht ein Wechsel eingetreten. Wie die „Neuenh. Volksztg.“ vernimmt, ist den Angestellten der Firma eröffnet worden, daß bisher ungeklärte Unstimmigkeiten vorgekommen seien, so daß der bisherige Direktor Ruth nicht mehr als solcher zu betrachten sei. An seine Stelle trete Bankdirektor Haub, früher Saarlouiser Volksbank, und als Prokurist fungieren Herr Lang, früher Vorstand des hiesigen Zentrumsorgans, der „Saarztg.“ — Auf der Linie Saarlouis-Felsberg sties bei dichtem Nebel ein Straßenbahnwagen auf einen aus entgegengesetzter Richtung kommenden Arbeitswagen, wodurch der Führer des Arbeitswagens lebensgefährliche Verletzungen erlitt. Von den Fahrgästen des Personenwagens wurden zwei schwer und zwei leicht verletzt. — Zwei Knaben im Alter von 15 Jahren fanden in der Nähe von Felsberg einen Granatzünder, den sie mit einem Hammer bearbeiteten, wodurch er zur Explosion gebracht wurde. Während der eine mit einer Fußverletzung davonkam, ist der andere schrecklich zugerichtet worden, so daß um sein Leben gefürchtet wird.

Hüttersdorf. In dem Hause der Witwe B. brach Feuer aus, das das ganze Anwesen bis auf die Umfassungsmauern in Asche legte. Der Fall ist um so tragischer, als der Mann der Frau B. erst vor kurzem auf der Grube verunglückte.

St. Ingbert. Das Wittemannsche Wohnhaus in der Ensheimerstraße ging für den Preis von 46 000 Franken in den Besitz des Hauptlehrers Wannenmacher aus Lausitz über. — Die ganze Familie Josef Schwarz aus der Gartenstraße ist nach Amerika ausgewandert. — Der Bezirksrat St. Ingbert genehmigte den Bau einer Straße Ommersheim-Neuhaus als Verkehrsstraße nach Saarbrücken. Ob der Straßenbau jedoch sobald zur Ausführung kommt, erscheint zweifelhaft. — In St. Ingbert soll ein Bezirkskrankenhaus errichtet werden, dem wahrscheinlich Dr. Krall, der hochgeschätzte Heidelberger Chirurg als Leiter vorstehen wird.

Homburg. Der seit längerer Zeit vermiste Jakob Müller von Reiskirchen ist durch die Polizei in St. Wendel aufgegriffen worden. Es stellte sich heraus, daß er zur Fremdenlegion wollte, in Lothringen jedoch, weil zu jung, nach dem Saargebiet zurückbefördert wurde. Da er freiwillig nicht zurückkehren will, wurde er vorerst in polizeilichen Gewahrsam genommen.

Personalnachrichten.

Herr Ernst Schmidtborn, ein Nachkomme unserer hochangesehenen alten Saarbrücker Familie Schmidtborn, deren Vorfahren im Jahre 1815 in so mutiger Weise für die Wiedervereinigung des ferndeutschen Saargebiets mit Preußen-Deutschland gekämpft

haben, ist in Hamburg als Beamter der Firma Gebr. Köhling gestorben. Von den sieben Söhnen des 1896 verstorbenen Vaters, Herrn Sanitätsrat Dr. Schmidtborn-Saarbrücken, lebt, nachdem vor Jahresfrist der hochverehrte und bekannte Justizrat und Rechtsanwalt Dr. Schmidtborn in Saarbrücken verstorben ist, nur noch der als Leiter der Firma Gebr. Köhling tätige Direktor Albert Schmidtborn in Berlin.

Christian Bubel, der Vater des Vorstandsmitgliedes der Berliner Drisgruppe, Apotheker Bubel, des Bundes „Saar-Berein“ in Berlin, ist am 21. März im Alter von 77 Jahren in Bierbach gestorben.

Todesfälle: Saarbrücken: Ferdinand Scheffner, 65 Jahre; Witw. Draeger; Malermaler Karl Zenger, 47 Jahre; Gaswerksdirektor a. D. Wilhelm Klein, 86½ Jahre; Heinrich Patard, 23 Jahre; Holzbildhauer Joseph Pelizaeus, 58 Jahre; Uhrmacher Karl Hoffmann, 67 Jahre; Nikolaus Bieg, 58½ Jahre; Nikolaus Köwenig, 63 Jahre; Kirchentassenrendant und Gemeindefekretär Heinrich Gimbel, 58 Jahre; Agl. Eisenbahnoberssekretär a. D. Hermann Henne, 64 Jahre; Reichsbankbeamter Richard Flöhner, 40 Jahre; Ferdinand Preller; Frau Georg Brühert, Christine geb. Stammeler, 41 Jahre; Frau Wm. Anton Schick, Anna Maria geb. Siehr, 77 Jahre; Frau Elisabeth Bohr, geb. Lehnhoff, 60 Jahre; Frau Margarete Buchert, geb. Baldauf, 51 Jahre; Frau Katharina Schleier, geb. Obendahl, 84 Jahre; Frau Erna Maria Stüber, geb. Schunk, 51 Jahre. — **Brebach:** Michael Selzer, 79 Jahre. — **Fehlingen:** Gustav Martin, 67 Jahre. — **Heune:** Fellenhauermeister August Gürgen, 27 Jahre; Frau Lydia Renz, geb. Henz, 30 Jahre. — **Hörschhausen:** Frau Wm. Peter Karher, geb. Herrmann, 74 Jahre. — **Höllingen:** Ludwig Werner sen., 82 Jahre; Frau Anna Braun, geb. Drews, 44 Jahre. — **Dudweiler:** Johann Boden, 63 Jahre; Bergmann Johann Jungbluth, 62 Jahre; Frau Witwe Jakob Freudenberger, Charlotte, geb. Wunn, 87 Jahre; Frau Wm. Johann Burger, Maria Barbara geb. Scheweiler, 78 Jahre; Frau Katharina Schweig, geb. Klein, 56 Jahre; Frau Wm. Burkhard, geb. Schmitz, 73½ Jahre. — **Sulzbach:** Sulp. Martheider Joseph Meyers, 63 Jahre. — **Altenwald-Saar:** Fräulein Sophie Jolas, 82 Jahre. — **Heiligenwald:** Steiger Hermann Eisenbeiß, 48 Jahre; Frau Marie Sasse, geb. Anshütz, 62 Jahre. — **Reutkirch-Saar:** Karl Ruffing, 67 Jahre; Wilhelm Roos, 78 Jahre; Oberstadtssekretär und Stellvert. Standesbeamter Wilhelm Schmidt, 39 Jahre; Frau Anna Braun, geb. Drews, 44 Jahre; Frau Josef Ganster, Luise geb. Holl, 52 Jahre; Prokurist Heinrich Eberhard. — **Wiesbachtal:** Penz. Bergmann Karl Schick, 63 Jahre; Bergmann Emil Groß, 44½ Jahre; Christian Schmidt, 71 Jahre. — **Wiesbach:** Frau Margarete Kippert, geb. Rebb, 77 Jahre. — **Saarlouis:** Victor Obé, 73 Jahre; Frau Wm. Nic. Heßler, geb. Marg. Hesse, 83 Jahre; Frau Wm. Amtsanwalt Schulz, Elise geb. Rodenbeck, 65 Jahre. — **Franlauntern:** Frau Mions Jenner, Maria geb. Altmeyer, 41 Jahre; Frau Wm. Peter Reiter, geb. Macogne, 72 Jahre; Weichensteller i. R. Peter Huffer, 72 Jahre. — **Picard:** Frau Peter Sumner, Anna geb. Hoen, 32 Jahre. — **St. Ingbert:** Brauereibesitzer Dr. Richard Beder, 40 Jahre; Wm. Philippina Horst, geb. Schmitt, 72 Jahre; Frau Wm. Christine Quirin, geb. Schallhammer, 53 Jahre. — **Rohrbach:** Bierverleger Jakob Weirich, 64 Jahre. — **Zweibrücken:** August Kranzbühler sen., 74 Jahre. — **Eisenhammer:** Frau Wm. Hugo Gnad, geb. Elisa Siehr, 56 Jahre. — **Gerfingen:** Rechnungsrat a. D. Michael Biwer, 72 Jahre.

Von den Saargruben.

Opfer französischen Raubbaues. Auf der Bergbacher Grube verunglückte der Hauer Joas von Oberbergbach tödlich da er zwischen zwei Wagen geriet. — Der auf der Grube Altenwald beschäftigte Bergmann Hassel aus Sötern wurde von Gesteinsmassen verschüttet und erlitt schwere innere Verletzungen. — Der Bergmann Wilhelm aus Briesen verunglückte auf der Grube Reben tödlich. Er hinterließ 6 unverheiratete Kinder. — Auf der Grube Frankenholtz verunglückte der verheiratete Bergmann Peter Kiehl aus Mittelbergbach, so daß er dem Lazarett zugeführt werden mußte.

Aus dem Partei- und Gewerkschaftsleben.

Auf der diesjährigen Bezirkskonferenz des christlichen Metallarbeiterverbandes für das Saargebiet gab der Bezirksleiter Pich einen Überblick über die politische und wirtschaftliche Lage im Saargebiet. Er bezeichnete das Jahr 1924 als ein Leidensjahr für die Saararbeitserschaft, zum Teil verursacht durch die unnatürlichen wirtschaftspolitischen Verhältnisse als zwangsläufige Folge der unverständlichen Bestimmungen des „Friedensvertrages“. Bei Besprechung der allgemeinen Lage des Saargebiets wies er auf die vielfachen Standale hin, die feile Intrigenlust gewisser Kreise, die parteipolitischen Sensationen usw. Die christlichen

Gewerkschaftler seien. Aber die politische Entwicklung im Saar-gebiet gut unterrichtet und als christlich organisierte Arbeiter wußten sie auch, was ihre Pflicht dem deutschen Vaterlande gegenüber sei. Die christlichen Gewerkschaften hätten schon seit Beginn des verflossenen Jahres die zuständigen Stellen darauf aufmerksam gemacht, daß nur durch das Zusammenfassen aller Kräfte, durch gemeinsames Vorgehen die Interessen der Saarwirtschaft gewahrt werden könnten. Leider habe man diese Warnungen zu spät beachtet. Der Redner wandte sich mit allem Nachdruck dagegen, daß weiterhin fremde Arbeiter in das Saargebiet hineingezogen würden. Die Stimmung in der christlichen Arbeiterschaft des Saargebiets gab Herr Bid mit der Erklärung wieder, „daß wir im Jahre 1935 wieder zum deutschen Vaterlande zurückkommen, von dem man uns, ohne zu fragen, abgetrennt hat, ist so sicher, wie der tägliche Lauf der Sonne. Des Vaterlandes ärmster Sohn war immer sein getreuester!“ Die sozialen Forderungen der christlichen Arbeiterschaft des Saargebiets faßte der Redner zum Schluß dahin zusammen:

Errichtung der Arbeitskammer, Ausbau des gewerblichen Einigungs- und Schlichtungswesens, gezielte Verankerung des Tarifwesens, Einführung des Betriebsrätegesetzes, zeitgemäße Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge u. a. m. — Auch die Steuerfrage darf nicht vergessen werden. Wir verwahren uns als Arbeiter gegen jede weitere Belastung durch indirekte oder kommunale Steuern. Die Lohnsteuer ist abzubauen oder aber den Gemeinden ein größerer Anteil zuzubilligen, damit besondere kommunale Belastungen vermieden werden.

Von den verantwortlichen Stellen haben jetzt genug Worte gehört, wir wollen endlich Taten sehen. Nicht politische Sensationen, sondern zielklare Arbeit kann uns befriedigen. Unbeeinflusst von den verschiedensten Strömungen werden wir auch in der Zukunft unsere Pflicht erfüllen. Wir sind eine christlich-nationale Gewerkschaft, für die wir alle Kräfte einsetzen!

An die Ausführungen Bids knüpfte Landessekretär Hillenbrand noch einige Bemerkungen. Er sagte unter anderem, daß es nicht gleichgültig sein dürfe, wie der Wirtschaftskampf zwischen Deutschland und Frankreich ausgetragen würde. An diesem Geschehen habe die Arbeiterschaft an der Saar tätigen Anteil. In die Praxis des Wirtschaftslebens seien da die Spezialaufgaben des Arbeiters hineingestellt. Hier an der Saar habe man den Zustand, daß die soziale arbeitsrechtliche Maschine stagniere. In der 5jährigen Zeit der Tätigkeit der Regierungskommission sei kaum etwas geschehen für die Arbeiterschaft. Allen ihren Bestrebungen nach sozialer Förderung sei Widerstand entgegengebracht worden. Er (der Redner) sei davon überzeugt, daß auf sozialrechtlichem Gebiete wenig zu erreichen sei. Die Arbeit der Gewerkschaft sei es, hier einen Druck zu schaffen, um die unbeständige Staatsmaschine in Bewegung zu setzen.

Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

Die Ortsgruppe Berlin des Bundes „Saar-Verein“ hielt am Dienstag, den 24. März 1925, abends 8 Uhr, im Saal des Wirtschaftshauses „Wahlstatt“, Belle-Alliance-Straße 89, ihre diesjährige ordentliche Jahres-Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende, Direktor Fett, gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Mitglieder der Berliner Ortsgruppe gerade für die geschäftlichen Sitzungen so wenig Interesse zeigten. Es sei dieses eine immer wiederkehrende Erscheinung, die man im Interesse der Belebung der Vereinstätigkeit nur beklagen könne. Hierauf gab der Schriftführer, Verwaltungsdirektor Vogel, eingehenden Bericht über die Tätigkeit der Ortsgruppe Berlin im Jahre 1924. Der Vorstand ist danach seinen satzungsgemäß vorgeschriebenen Aufgaben in jeder Weise nachgekommen, darüber hinaus aber war er bemüht, durch alle möglichen Veranstaltungen, wie Vorträge, gesellige Zusammenkünfte usw. das Vereinsleben zu einem recht regen zu gestalten. Die Rechnungsablage für 1924 gab der Kassenwart, Musiklehrer Köller. Aus dem Kassenbericht ging hervor, daß in der Erstattung der Jahresbeiträge eine große Pässigkeit der Mitglieder festzustellen sei, da noch sehr viele Mitglieder mit der Bezahlung ihrer Jahresbeiträge im Rückstande sind. Nach dem Bericht eines staatlichen Rechnungsprüfers ist die Geschäfts- und Buchführung in Ordnung befunden worden. Die Geschäftsführung selbst ist als eine sehr gewissenhafte und sparsame bezeichnet worden. Der Vorsitzende, Direktor Fett, beantragt darauf Entlastung des Vorstandes und der Geschäftsführung, welchem Vorschlag einstimmig entsprochen wurde. Sodann wurde beschlossen, von dem erzielten Ueberschuß dem Bunde „Saar-Verein“ 300 M. als Jahresbeitrag für 1924 und dem „Saar-Freund“ einen Zuschuß von 600 M. für dasselbe Jahr zu bewilligen. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die Neu- bzw. Wiederwahl der folgenden Herren: Erster Vorsitzender Direktor Fett, zweiter Vor-

sitzender Amrat Rosenkränzer, erster Schriftführer Verwaltungsdirektor Vogel, zweiter Schriftführer Eisenbahnassistent Ommert, Kassenwart Musiklehrer Köller, Stellvertretender Kassenwart Ingenieur Labbé und Beisitzer Frau Geheimhe Oberberger und Direktor Schäfer. Die Erhebung der ordentlichen Jahresbeiträge und der außerordentlichen Beiträge soll in der bisherigen Weise erfolgen, indem der Jahresbeitrag von 10 M. in einer oder mehreren Raten erstattet werden kann und die Bezahlung von außerordentlichen Beiträgen den einzelnen Mitgliedern besonders empfohlen werden soll. Ueber die Werbearbeit für die Ortsgruppe und für den „Saar-Freund“ wird auf einen eingehend begründeten Vorschlag des Herrn Verwaltungsdirektors Vogel beschlossen, zu seiner Entlastung diese Aufgabe einem Ausschuss zu übertragen, welcher aus den Herren Köller, Ommert und Labbé bestehen soll, denen zur besonderen Pflicht gemacht wird, sich der ihnen übertragenen Aufgabe in gewissenhafter Weise entledigen zu wollen. Als Vertreter für die 5. Tagung des Bundes „Saar-Verein“ in Hannover am 6. und 7. Juni soll möglichst der Vorstand vollständig entsandt werden. Die Mitglieder der Berliner Ortsgruppe sollen aber durch Rundschreiben aufgefordert und gebeten werden, sich in möglichst großer Zahl beteiligen zu wollen, damit auch die Berliner Ortsgruppe in Hannover in würdiger Weise vertreten ist. Unter Sonstiges berichtete dann Verwaltungsdirektor Vogel über die im laufenden Geschäftsjahre in Aussicht genommenen Veranstaltungen. Er erwähnte den Besuch der Saar-Schulkinder, den Besuch von Gesangsvereinen aus dem Saargebiet, die eine Konzertreise unternehmen wollen, sowie den Besuch ehemaliger Unteroffizierschüler anlässlich ihrer Denkmalsweihe in Potsdam vom 8.—10. Juli. Sodann machte er darauf aufmerksam, daß im Laufe des Herbstes ein großer vaterländischer Berg- und Hüttenmännischer Saar-Abend im Clou in Berlin veranstaltet werden solle, und zwar unter Mitwirkung der Angehörigen der ehemaligen im Saargebiet garnisonierenden Regimenter. Für die Veranstaltung dieses Festes soll ein besonderer Ausschuss gebildet werden. Zum Schluß wird noch mitgeteilt, daß der Saarbrücker Stammtisch auf Wunsch mehrerer Mitglieder nach dem Dessauer Garten, Dessauer Straße 1, verlegt worden ist. Die Mitglieder werden gebeten, an diesem Stammtisch, dessen Leitung in den Händen der Herren Musiklehrer Köller und Ingenieur Labbé liegt, sich recht rege beteiligen zu wollen. Im Laufe des Jahres sollen dann öfters gemüthliche Zusammenkünfte in verschiedenen Lokalen veranstaltet werden, um so den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, sich gegenseitig näherzutreten, und um auch so das Vereinsleben in der Berliner Ortsgruppe reger zu gestalten. Die Versammlung konnte gegen 11 Uhr mit Worten herzlichen Dankes für das große Interesse, welches die Anwesenden befundet hatte, geschlossen werden.

„Das Saargebiet unter den Bestimmungen des Versailler Diktats“, so lautete das Thema, über welches der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Verwaltungsdirektor Vogel, vor den Offizieren und Beamten Berlins im Reichswehrministerium am Donnerstag, den 26. März, vormittags von 9—10 Uhr, sprach. Nach kurzer Schilderung der Geschichte, der wirtschaftlichen Bedeutung, des urdeutschen Charakters des Landes und der Leute an der Saar erläuterte er die einzelnen Bestimmungen des Versailler Diktats über das Saargebiet und ihre Folgen auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete. An Stelle der unmittelbaren Annexion dieses ferndeutschen Landes sei durch Lug und Trug mit Hilfe der Clemenceauschen Lüge von den 150 000 Saarfranzosen die verschleierte Annexion getreten, die Saarbestimmungen seien alle so abgefaßt, daß sie die Franzöisierungsbestrebungen mit allen nur denkbaren Mitteln fördern und begünstigen sollten. Er schilderte dann an der Hand von Beispielen die bisherigen Erfolge der nur unter französischem Einflusse stehenden Saarrégierungscommission, deren Vertragsverletzungen dem Saarvolke jedes Vertrauen zum Völkerbund genommen haben. Sodann kam er auf die verschiedenen Gefahren, die dem Deutschtum im Saargebiet drohen, zu sprechen, ging auf die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse näher ein, um besonders die den Bestimmungen des Versailler Diktats hohnsprechende Haltung der Saarrégierungscommission und ihre von dem Kanadier Mister Waugh aufgedeckten Missethate zu geißeln. Zum Schluß wies er auf die verschiedenen Abstimungen für die Landesratswahlen, auf die verschiedenen Rundgebungen aller politischen Parteien und der gesamten Presse hin, um zu betonen, daß man im Saargebiet in Einheitsfront im Kampfe um die Deutschhaltung dieses ferndeutschen Landes unererschütterlich und fest stehe.

Der Saar- und Pfalzverein Erfurt (Ortsgruppe des Bundes Saar-Verein) hielt am Sonntag, den 8. März, im „Kleinen Saale“ der „Flora“ sein zweites Vergnügen ab. Landsmann Weinkauff hielt die Begrüßungsansprache. In kernigen Worten

Schilderte er die Verhältnisse des Saargebietes und die echt deutsche Gesinnung der Bewohner dieses an Industrie so reichen Landes. Landsmann Jacobs sen. sorgte für humoristische Unterhaltung. Besonders sein mit einigen Freunden vorgetragenes Gesangsstück „Die Operschwärmer“, fand reichen Beifall. Anschließend gab es noch ein „kleines“ Tänzchen. Möge der Abend dazu beigetragen haben, die Liebe zu unserem Saarlande zu stärken.

Die Landesgruppe Bayern des Bundes Saar-Verein in München hielt am Donnerstag, dem 12. Februar 1925, im Vereinslokal (Dombhof) eine außerordentliche Generalversammlung ab. Im verflossenen Jahre sind eine ordentliche Generalversammlung, fünf Monatsversammlungen und eine Weihnachtsfeier abgehalten worden. Die Ortsgruppe zählte zu Beginn des Berichtsjahres 98 Mitglieder gegen 114 am Jahreschlusse. Durch Wegzug hat die Ortsgruppe 3 Mitglieder verloren. Auch hat der Tod eine Lücke in unsere Reihe gerissen durch das plötzliche Ableben unseres 2. Kassierers, Herrn Regierungsassistenten Johann Maus. Die Ortsgruppe hatte im verflossenen Jahre mehrfach Gelegenheit, sich im landsmannschaftlichen Sinne zu betätigen. So wurde im Sommer ein saarländischer Pilgerzug von etwa 450 Teilnehmern auf der Durchreise nach Altötting von uns empfangen und unter Führung des Vorstandes die Sehenswürdigkeiten der Stadt München gezeigt. Unseren Landsleuten konnten wir noch besonders dienen, indem das dem Pilgerzug durch einen Ausfall von Teilnehmern an Fahrgeld entstandene Defizit mit Unterstützung des Bundes Saar-Verein in Berlin niedergeschlagen wurde. Eine größere Anzahl Schüler von Mittelschulen aus dem Saargebiet, die Bayerns Hauptstadt unter Führung ihrer Lehrer besuchten, wurden vom Vorstand und einigen Mitgliedern empfangen. Vielfach wurden in Not geratene Saarländer unterstützt und in einigen Fällen Stellen vermittelt. Bei der am 24. und 25. Mai stattgehabten Bundestagung in Leipzig mit anschließender Saarkundgebung vor dem Böttcherplatz fanden sich 114 Mitglieder des Vereins. Der Vorsitzende und an der am 24. Januar d. Js. nach Berlin einberufenen Vertrauensmänner- und Arbeitsausschussführung des Bundes Saar-Verein durch den 2. Vorsitzenden vertreten. Der mit großem Interesse in der Öffentlichkeit aufgenommenen Vortrag des Herrn Landgerichtsdirektors Dr. von Kraewel über Saarfragen in der Universität München hat lange nachgewirkt. Die Eingabe durch die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ an das Reichsfinanzministerium in Berlin betreffend Aufhebung der Vermögenssteuer bzw. Doppelbesteuerung der außerhalb des Saargebietes wohnhaften Saarländer ist u. a. auch von der Ortsgruppe München angeregt. Die Entscheidung des Reichsfinanzministeriums steht noch aus. In der Wohnung des 1. Vorsitzenden, Gabelsbergerstraße Nr. 26, II., Telefon Nr. 58990, ist nunmehr eine ständige Geschäftsstelle eingerichtet. Sprechstunden vormittags von 9—11 Uhr. Die Presse brachte verschiedene von uns aufgegebenen Artikel über das Saargebiet. Unser Aufruf in den führenden Tageszeitungen an alle in Bayern wohnenden Saarländer zwecks Eintragung in die bei uns ausliegenden Listen der Abstimmungsberechtigten zeitigte guten Erfolg; aus allen Gauen Bayerns haben sich Landsleute um Aufnahme in die Listen gemeldet. Es ist unser Bestreben, alle in Bayern wohnenden Saarländer und Freunde der Saarsache zusammenzufassen, um das Interesse für das Saargebiet im Sinne der 1935 zu erwartenden Abstimmung wachzuhalten und zu fördern. Im Einvernehmen mit der Geschäftsstelle Saar-Verein Berlin wird beabsichtigt, die Ortsgruppe München zur Landesgruppe Bayern auszubauen, weitere Ortsgruppen unter unserer Leitung zu gründen und der Landesgruppe Bayern anzuschließen. Die Gründung einer Ortsgruppe in Peißenberg ist schon im Gange, weitere Gründungen stehen bevor. Die künftige Landesgruppe Bayern hat ein großes Feld der Betätigung vor sich und wäre es sehr zu wünschen, wenn die Mitglieder regelmäßiger, wie bisher, erscheinen wollten, um unsere umfangreiche Arbeit durch Anregungen zu unterstützen.

Zu einer Ortsgruppe Köln a. Rhein des Bundes „Saar-Verein“ haben sich vor einigen Tagen nach dem Vortrage des Herrn Berghauptmanns Cleff-Halle an der Universität über hundert Saarländer zusammengeschlossen. Die endgültige Gründung der Ortsgruppe wird in einer Versammlung anfangs April d. J. erfolgen.

Die Ortsgruppe Dortmund des Bundes Saar-Verein hielt kürzlich eine recht gemütliche Familienfeier ab, in der nur wenig Vereinsangelegenheiten behandelt wurden. Nachdem Herr Berkesel einen Fall, wo ein angeblich aus Saarbrücken geflüchteter Landsmann durch allerlei Schwindelmännchen die Vereinskasse um einen erheblichen Betrag geschädigt hatte, vorgebracht hatte, was eine lebhafteste Aussprache hervorrief, und die Niederschrift verlesen und genehmigt war, wurde durch den Vorsitzenden bekanntgegeben, daß die nächste ordentliche Versammlung eigentlich ordnungsmäßig am Ostermontag stattfinden müsse, was aber nicht für geeignet gehalten wurde. Man beschloß deshalb, diese Tagung auf Son-

tag, den 5. April, zu verlegen. Hiernach trat der gemütliche Teil unter Leitung des Herrn Zehle in seine Rechte mit Aufführung eines gemeinschaftlichen Saarlieses. Eine Reihe musikalischer Vorträge auf Klavier mit Violinbegleitung durch die Geschwister Zehle sowie humoristischer Vorträge durch die Herren Kafalst und Kirsch verschönten sodann die nächsten Stunden. Der zahlreiche Besuch läßt das Beste für die Zukunft hoffen, zumal das Vereinslokal nach seiner Instandsetzung recht gemütlich und anheimelnd geworden ist. Es wird also um zahlreichen Besuch in der Versammlung am 5. April gebeten.

Warnung vor Schwindlern.

In letzter Zeit haben sich die Fälle wiederholt, daß Leute unter allen möglichen Angaben und unter Vorpiegelung falscher Tatsachen sich Unterstützungsgelder und Darlehen bei der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in Berlin und bei den einzelnen Ortsgruppen in verschiedenen Städten unter Berufung auf führende Persönlichkeiten unserer Bewegung erschwindeln haben.

Genaue Ermittlungen haben ergeben, daß die gemachten Angaben unwahr sind und daß es sich um unerhörte Schwindeleien von Müßiggängern handelt, welche auf Kosten der Saar-Vereine von einer Stadt zur andern wandern, um durch Erzählungen von allen möglichen Geschichten Mitleid zu erwecken und Geld herauszuschlagen.

Wir warnen eindringlich vor solchen Besuchen und bitten die Ortsgruppen dringend, uns in jedem einzelnen Falle sofort Kenntnis geben und uns genaue Mitteilungen zugehen lassen zu wollen.

Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“
Berlin SW. 11, Königsgräber Straße 94 II.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unseren
herzenguten, treubesorgten und unvergeßlichen Vater,
Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Herrn Christian Bubel

nach kurzem, schwerem Leiden, versehen mit den
heiligen Sterbesakramenten im 77. Lebensjahre zu
sich in die ewige Heimat abzurufen.

Bierbach, Neustadt a. d. H., Berlin, Mannheim,
den 21. März 1925.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung fand statt am Montag, den
23. März 1925, nachmittags 4 Uhr.

In jedes deutsche Haus gehört die „Rundschau“

Ein nationales Unterhaltungsblatt auf moderner Grundlage

Das Deutsche Familienblatt

in der besten Bedeutung

Die „Rundschau“ erscheint an jedem Sonntag, sie enthält in jedem Heft gute künstlerische Illustrationen, bringt neben Arbeiten ernstesten Charakters über Kunst und Wissenschaft flott geschriebene Romane und Novellen erster Schriftsteller, Bilder von Land und Leuten, Abhandlungen über Jagd und Sport, Zeit- und Modebilder, satirische Plaudereien, Humor in Wort und Bild, Rätsel, Buchbesprechungen sowie vieles andere und

Kostet monatlich nur 1 Mark

Die „Rundschau“ ist daher die billigste Wochenschrift wertvollen Inhalts.
Probehefte kostenlos.

Verlag Armeemarinehaus / Berlin NW 7
Neustädtische Kirchstraße 4/5.

Bestellungen unmittelbar beim Verlag oder durch jede Postanstalt.

Ingenieur

geborener Saarbrücker, viele Jahre in Berlin ansässig, übernimmt
weitere Vertretungen.

Gefällige Angebote durch Vermittlung der Geschäfts-
stelle „Saar-Verein“ in Berlin SW 11, Königgräber Str. 94 II.

Saarstudent

sucht ab Ende April kleines Zimmer im Westen Berlins
bei Saardeutschen. Gefällige schriftliche Angebote mit
Preisangabe an Frau A. Ch. Wuyt, Wilmersdorf,
Günzelstraße 13.

Der Saarkalender für 1925

Ist ein Gedek- und Nachschlagebuch für alle Saardeutschen. Er enthält
ernste und heitere Schilderungen der wirtschaftlichen Lage im Saar-
gebiet, ausführliche geschichtliche Darstellungen und Zeitafeln, saar-
ländische Anekdoten, Witze usw. und bekommt durch Beiträge guter
Schriftsteller eine hochwertige literarische Note. Ein Handbuch von
dauerndem Wert für Kinder und Erwachsene. Der Preis dieses
ausgezeichneten Werkes beträgt 2,50 M. Gleichzeitig weisen wir darauf
hin, daß ebenfalls durch uns auch noch die Jahrgänge 1923 und 1924
des Saarkalenders bezogen werden können.

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11
Königgräber Straße 94 II.

Die illustrierte Monatschrift

Elsas-Lothringen - Heimatstimmen

Herausgegeben im Auftrag der Alt-Elsässer
u. Alt-Lothringer im Reich von Dr. Robert Ernst
(II. Jahrgang)

unterrichtet sachkundig über Elsas-lothringische
Geschichte, Politik, Kultur und Wirtschaft

Aus Urteilen der Presse:

„Der Deutsche“, Berlin: ... eine Zeitschrift, die ein aus-
drucksvolles Angehen dafür ist, mit welcher Fähigkeit und unbeding-
samem Lebenskraft die Elsässer und Deutsch-Lothringer unter allem
Wechsel der Herrschaft sich zu behaupten wissen. — „Germania“
Berlin: ... eine Aufgabe, die nicht länger vernachlässigt werden
darf in der richtigen Weise angepackt. — „Unabhängige
Nationalkorrespondenz“: Politisch und kulturpolitisch Inter-
essanter sei die Zeitschrift dieser ausgezeichneten Zeitschrift empfohlen.
Sie dient der Wahrheit und dient ihr gut. — „Preussische
Zeitung“: Die Monatschrift vertritt die Stammes-
interessen dieses teuren Landes in jeder Verteidigung und
gewandtem Angriff. — „unwahren Tendenzen abhold“ ...
große Sachlichkeit. — „Schweizerische Monatshefte für Politik
und Kultur“: „Der Herausgeber hat es wirklich verstanden, gute
elsässische Geistesart zum Wort kommen zu lassen.“ —
„Schweizerische Monatshefte“ (Zürich, Rumänien): ... muster-
gültig geleitete Zeitschrift. Sowohl die politischen Aufsätze wie
das übrige der Zeitschrift ausgezeichnet.

Postbezug vierteljährlich M. 1,20. Streifbandbezug M. 1,50.
Jahresbezug für das Ausland: Frankreich 20 franz. Franken,
Schweiz 10 schw. Franken übriges Ausland 2 amerik. Dollar.
Schriftleitung u. Vertrieb: Berlin W. 30, Postfach 5.
Postfachkonto: Dr. Robert Ernst, Berlin NW. 7 Nr. 109799.

Saar-Stammtisch in Berlin

Die regelmäßigen Zusammenkünfte unserer Landsleute aus
dem Saargebiet, unserer Freunde und Bekannten finden

jeden Donnerstag abend im Restaurant

„Dessauer Garten“, Dessauer Straße 1

statt.

zu:

Ingenieur B. Dabbe Musiklehrer A. Müller.

Das Saargebiet in Gefahr!

Jeder Deutsche muß Mitglied des
Bundes „Saar-Verein“ sein!

Deutscher Wille

Die überparteiliche, vornehme Halbmonatschrift
aller vaterländischen Kreise

Behandlung jedes Interessengebietes
von hervorragenden Mitarbeitern

Auslandsdeutschtum und Auslandskunde
stehen stark im Vordergrund

Sorgt für sozialen Ausgleich, behandelt Fragen
der Volksgesundheit und sucht die Erneuerung eines
wehrhaften Geistes in der deutschen Jugend und die
Wiederherstellung des großdeutschen Staates

Herausgegeben vom Kuratorium „Deutscher Wille“

Berlin W. 57, Bülowstr. 100

Erscheint halbmonatlich — jährlich 24 Hefte

Einzelheft M. —,50 jährlich M. 10,—

Zu bestellen bei allen Postanstalten sowie durch unser
Postfachkonto Berlin Nr. 138 541.

Das Blatt aller Rheinländer!



Halbmonatschrift für den deutschen Westen

Verlag: Rheinischer Beobachter, Berlin SW 11

Mit der illustrierten Heimatbeilage „Der schöne Rhein“

Frei von jeder Tendenz, in vornehmer Ausstattung und mit
scharfem Inhalt, vertritt der „Rheinische Beobachter“ kraft-
voll die Interessen der Rheinischen Volksgenossen und lenkt
die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit immer erneut
auf den besetzten Westen. (Monatlich 2 Hefte nur 50 Pfg.)

Bestellen Sie beim Postamt oder beim Verlag
Berlin SW 61, Großbeeren-Straße 17.

Vertriebene aus Elsas-Lothringen

müssen in ihrem eigensten Interesse stets die

„Elsas-Lothringischen Mitteilungen“

lesen, die über alle Verdrängungs- und Liqui-
dationsschäden berichten und auch kulturelle
Fragen, elsas-lothringische Erzählungen und
Romane bringen.

Probennummern und Bestellungen zum Preise von
70 Pfennig monatlich

bei der Expedition der „Elsas-Lothringischen Mitteilungen“
Freiburg i. B., Röderstr. 12.